Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ (alte Partei) für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die Volksstimme erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Verantwortlich für die Redaktion: Max Seydewitz, für den Anzeigenteil: Rudolf Kochanski, beide in Halle. — Redaktion: Halle, Gr. Brauhausstr. 17. Fernsprecher Nr. 5407. Sprechstunde nur Dienstag und Freitag vormittag von 11½—12½ Uhr. Redaktionsschluß vormittags 10 Uhr. — Druck und Verlag der Volksstimme G. m. b. H. in Halle, Gr. Ulrichstraße 27.

Bezugspreis: Monatlich 1.25 Mark. Beim Abholen aus einer der Geschäftsstellen 1.15 Mk. Bei den Postanstalten vierteljährlich 3.75 ohne Bestellgeld. Einzelne Nummern 10 Pfg. — Anzeigengebühr: Die 7gespaltene Kolonelzeile 30 Pfennig, Inserate von auswärts 40 Pfennig, im Reklameteil Zeile 75 Pfennig. — Verlag und Expedition: Halle a. S., Große Ulrichstraße 27. — Fernsprecher Nr. 5407. — Zeitungspreisliste Seite 411.

Nr. 80. **Halle, Mittwoch, den 9. April 1919.** **3. Jahrgang.**

Was wird gespielt?

Bayern ist zur Räterepublik ausgerufen worden, hat eine neue Regierung erhalten, über deren Zusammensetzung noch keine rechte Klarheit besteht — und die erste revolutionäre sozialistische Regierung, die aus Unabhängigen und Mehrheitssozialisten zusammengesetzt ist, hat ihren Platz behauptet, ist nach Nürnberg übergesiedelt und will von dort aus weiter regieren. Alles ist durcheinander, es brodelt und gärt, aber ein klares Gebilde hat sich aus den Ereignissen, die zu dem Umschwung in Bayern geführt haben, noch nicht herausgeschält. Auf der einen Seite stehen Sozialdemokraten, auf der anderen Seite ebenfalls und es war zumindest eine Selbsttäuschung, als nach der Ausrufung der Räterepublik in München, von wo die ganze Bewegung ausging,

die Einheitsfront der sozialistischen Parteien

in die Welt hinausposaunt wurde. Wenn schon die Kommunisten ausgesprochene Anhänger der Räterepublik sind, so wollen sie doch von dieser Räterepublik, die natürlich von den „Mehrheitssozialisten gemacht" und beileibe „nichts Ganzes" ist, nichts wissen und beteiligen sich nicht offiziell an der Regierung, wenn auch vielleicht einige Außenseiter und Ueberradikale, wie die „Arbeiter" Dr. Mühsam und Landauer auf der Ministerliste stehen. Ein großer Teil der Unabhängigen ist für diese Räterepublik, ein Teil aus den gleichen Gründen wie die Kommunisten dagegen und ein anderer Teil wieder will aus prinzipiellen Gründen von der Räterepublik nichts wissen und hält noch wie vor [illegible] politischen Programm. Die Mehrheitssozialisten sind in dieser Frage ebenfalls geteilter Meinung. Die Südbayern, die unter dem Münchener Einfluß stehen, glauben, die Bewegung wäre nicht mehr aufzuhalten und meinen, sie müßten mit dem Strom schwimmen, um nicht unter die Räder zu kommen, die Nordbayern dagegen und mit ihnen der größte Teil unserer gesamten bayerischen Parteigenossenschaft, haben

klaren Kopf

behalten und stehen auf dem Standpunkt, daß wir durch die Räterepublik, durch die Diktatur des Proletariats nicht zu dem Zustand kommen, der die allgemeine Glückseligkeit für die Arbeiterschaft, für das Volksganze bedeutet und daß es auch in kritischen Augenblicken Pflicht der Sozialdemokraten ist, **wirkliche Sozialdemokraten** zu sein und sich nicht von einer dünnen Schicht von Schreiern auf den Weg reißen lassen dürfen, der ins Verderben führen muß.

Die Nürnberger Parteigenossenschaft z. B. hat zu dieser Frage in einer solchen Einmütigkeit Stellung genommen, wie dies jahrzehntelang nicht der Fall gewesen ist. Sie hat einstimmig nachfolgende Resolution angenommen:

„Die am 6. April im Herkules-Velodrom tagende Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Nürnberg erklärt sich aus politischen und wirtschaftlichen Gründen gegen die Einführung der Räterepublik im Volksstaat Bayern.

Sollte sich die Mehrheit der Bevölkerung trotzdem für die Räterepublik entscheiden, so bleiben die Mitglieder des Sozialdemokratischen Vereins neutral, um im Interesse des Volksganzen der zukünftigen Regierung keine Schwierigkeiten zu bereiten.

Die Versammlung verlangt aber von allen Mitgliedern des Sozialdemokratischen Vereins daß sie jede Uebernahme von Regierungs- oder Verwaltungsstellen ablehnen und damit die volle Verantwortung denen überlassen, die der bisherigen Regierung eine geordnete Fortführung ihrer Geschäfte unmöglich machen."

Die Nürnberger Parteigenossen sind sich einig in der unbedingten Ablehnung

gegenüber den immer kühner auftretenden Bestrebungen, uns mit den Segnungen einer Räte-Diktatur nach russischem Muster zu beglücken. Die Versammlung hat mit aller Deutlichkeit gezeigt, daß die in der alten sozialdemokratischen Partei organisierten Massen der Nürnberger Arbeiterschaft von diesem Experimente nichts wissen wollen.

Aus all den neueren Meldungen und auch aus der nun scheinbar endgültigen Liste der Volksbeauftragten geht hervor, daß es mit der Einigkeit des Proletariats und dem „Ende der Parteitugend" nichts ist. Der Beschluß unserer südbayerischen Genossen, sich an der Räterepublik zu beteiligen, ist illusorisch geworden. Es hieß dort, sie machen mit, wenn Unabhängige und Kommunisten mitmachen, nun aber weigern sich die Kommunisten ganz entschieden mitzumachen und damit fällt auch der Beschluß der Südbayern.

Die folgende „endgültige" Ministerliste, Aeußeres: Dr. Lipp (U. S. P.), Inneres: Soldmann (U. S. P.), Ministerpräsident früher Ministerpräsident: Kaggmeister (U. S. P.), Volksaufklärung: Landauer (parteilos), Finanzen: Silvio Gesell, Justiz: Kübler vom Bauernrat, Verkehr: Paulukum (U. S. P.), Land- und Forstwirtschaft: Steiner vom Bauernrat, Volkswirtschaft: Dr. Jaffé (U. S. P.), Militär: unbestimmt, Kommissar für Ernährungswesen: Wutzlhofer, Kommissar für Wohnungswesen: Dr. Wadler, enthält weder Mehrheitssozialisten noch ausgesprochene Kommunisten, noch namhafte Unabhängige, wie Unterleitner usw., die zuerst genannt wurden. Nach neueren Meldungen hat auch Dr. Jaffé ganz entschieden abgelehnt, Volksbeauftragter zu werden.

Genosse Schneppenhorst, der anfänglich auch als neuer Volksbeauftragter genannt wurde, berichtete in der Nürnberger Parteiversammlung darüber, wie sich die Dinge in München entwickelt haben. Er führte aus und bewies, daß an den Vorkommnissen die

schamlose Hetze

der bürgerlichen Presse und der Kommunisten und Spartakisten gegen die Regierung schuld sei, die eine Atmosphäre geschaffen habe, die fast keine andere Lösung mehr zuließ.

Die bayerische Entwicklung ist ganz folgerichtig so verlaufen, wie sie verlaufen mußte. Seit die provisorische Revolutionsregierung unter Eisners geistiger Leitung die geschichtliche Schuld auf sich geladen hat, grundsätzlich die Gewalt zu verwerfen, haben die Kommunisten sich [illegible] der wirk-

[illegible] Mittel, [illegible] nicht gegen sie [illegible]. So sind denn in München alle Voraussetzungen für die bewaffnete Diktatur einer Minderheit geschaffen, und es war wirklich eine Frage von ziemlich untergeordneter Bedeutung, wenn sie ausgerufen wurde.

Das bayerische Beispiel ist wieder einmal ein totaler Bankerott der Unabhängigen. Trotz der Unabhängigen in der Regierung ist die Lage in München genau so, wie sie in Berlin wäre, wenn —. Und wie glücklich wären die Münchner Unabhängigen, wenn sie heute gegen die bewaffneten Kommunisten einen Mann hätten, der militärische Macht um sich zu sammeln verstanden hätte. Denn die Unabhängigen, die Sieger der zweiten Revolution, sind immer die ersten Opfer der dritten.

Mittlerweile hat sich gezeigt, daß der Münchener Gegenregierung jeder feste Boden unter den Füßen fehlt. Sie setzt sich ausschließlich aus Unabhängigen zusammen, die somit allein die Verantwortung für dieses Experiment zu tragen haben. Die Unabhängigen haben in Bayern und selbst in München bekanntlich so auf wie keinen Anhang. Bei den Landtagswahlen vom 10. Januar erhielten in München von 308 000 abgegebenen Stimmen die Unabhängigen ganze 16 050, das heißt kaum ein Zwanzigstel der Bevölkerung hat sich für die Unabhängigen erklärt! Selbst die Kommunisten erkennen die Torheit dieses Unternehmens und lehnen die Beteiligung ab. Wenn es der neuen „Regierung" nicht gelingt, sich durch eine

allgemeine bayerische Volksabstimmung,

die natürlich in vollster Freiheit zu erfolgen hat, in ihren Rechten bestätigen zu lassen, so ist und bleibt sie nichts anderes als eine Abenteurerbande, die sich mit Gewalt der Herrschaft bemächtigt hat.

Die Freiheit stellt wie gewöhnlich die Dinge auf den Kopf, wenn sie sagt, die Regierung Hoffmann könne „nur noch mit Maschinengewehren und Handgranaten" regieren. Die Maschinengewehre sind von den Anhängern der Freiheit in München aufgefahren worden, um durch Drohung mit Mord den Zusammentritt der von ihnen mit Schüssen auseinandergejagten Volksvertretung zu verhindern. Die unabhängige Münchener „Regierung" stützt sich

auf das Standrecht,

auf nichts als das Standrecht, weil sie das bayerische Volk nicht hinter sich hat. Das Recht aber ist bei der Regierung Hoffmann, die auf dem alten sozialdemokratischen Standpunkt steht: **alles für das Volk, alles durch das Volk.**

Unser Volkskörper ist krank, todkrank, das Volk lebt in einem Zustand, der nichts anderes als Unzufriedenheit gebären kann, darum sind die Zuckungen, die Versuche, auf allen nur möglichen Wegen aus dem Elend herauszukommen, verständlich. Wir kommen aber nicht aus dem Elend heraus, wenn wir uns vom Gefühl leiten lassen,

wir müssen uns vom Verstand leiten lassen

und müssen mit klarem Kopfe und kühlem Herzen so entscheiden, wie es im tatsächlichen Interesse der Arbeiterschaft und [illegible] Volkes liegt. [illegible]

mit Vernunftgründen zu begegnen, ist schwer, trotzdem muß man es immer und immer wieder versuchen, solange, bis er vorübergegangen und er wird vorübergehen. Leichter ist es allerdings, mit dem Strom zu schwimmen und weniger anstrengend, aber wenn man erkannt hat, daß damit unser Volk nicht aufwärtskommen kann, daß falsche Wege beschritten sind, dann muß man auch den Mut und die Kraft haben,

gegen den Strom zu schwimmen,

letzten Endes siegt doch die Vernunft und ihr schneller zum Siege zu verhelfen, muß unser aller Aufgabe sein.

*

Die bayerische Regierung an die Beamten.

An die bayerische Beamtenschaft.

Die Nachricht, daß die sozialistische Regierung des Ministerpräsidenten Hoffmann zurückgetreten sei, ist unwahr. Der von bayerischen Landtag einstimmig gewählte Ministerpräsident Hoffmann hat den Sitz der Regierung heute nach Bamberg verlegt. Diese Regierung ist einzige Inhaberin der höchsten Gewalt Bayerns. Nur ihre Anordnungen und Befehle sind zu vollziehen. Alle von anderer Seite ergehenden Anweisungen sind ungültig.

Bamberg, 7. April

Die Regierung des Freistaates Bayern.

Hoffmann, Ministerpräsident."

Daraus ist ersichtlich, daß die erste Regierung ihren Sitz in Bamberg aufgeschlagen hat.

Die Stellung Bayern für die Bamberger Regierung.

Nürnberg, 8. April. Die Bauernschaft des Rieses erläßt einen Aufruf, in dem es heißt: Die Bauern Frankens, der Oberpfalz und des Rieses haben sich zu gemeinsamem Vorgehen zusammengeschlossen. Die Bauernschaften Nordbayerns, Bodens und des Alläus schließen sich an. Die gesamte Bauernschaft der genannten Kreise steht hinter dem Ministerium Hoffmann und erkennt dieses Ministerium und den bayrischen Landtag als gesetzliche Regierung und Volksvertretung und tut alles zu deren Unterstützung. Sie steht zusammen mit den Bürgern und Arbeitern, die auf dem Boden der ersten Resolution und des Staatsgrundgesetzes stehen. Am Dienstag, den 8. April, nachmittags 5 Uhr, wird die Lebensmittelsperre über Augsburg und München verhängt werden, bis in München die Räteregierung zurücktreten ist.

Württemberg, Baden und Hessen für die Bamberger Regierung.

Stuttgart, 8. April. Eine von dem württembergischen Staatsminister Bloß, dem badischen Ministerpräsidenten Geiß und dem hessischen Ministerpräsidenten Ulrich veröffentlichte Erklärung besagt:

„Die Regierungen von Württemberg, Baden und Hessen sehen das Ministerium Hoffmann nach wie vor als die alleinige rechtmäßige Regierung des Volksstaates Bayern an."

Die Lage in München.

In München herrscht völlige Ruhe und Ordnung. Es sind keinerlei Ausschreitungen zu melden. Sämtliche Läden, mit Ausnahme der Lebensmittelgeschäfte, sind heute geschlossen. In München wird gegenwärtig der Bürgerstreik propagiert.

Der zweite Rätekongreß.

Berlin, 8. April. Der zweite Rätekongreß wurde heute im ehemaligen preußischen Herrenhause eröffnet. Durch das Portal an der Ostseite in der Leipzigerstraße drängten sich in der Morgenstunde die Räte und Neugierigen. Von der Leitung erbetene Truppen stehen an den Eingängen. Die Legitimationen und Einlaßkarten werden genau geprüft. Die Tribünen sind, als der Kongreß eröffnet wird, halb leer. Von 302 Räten, die nach der Berechnung aus dem ganzen Reiche am Kongreß teilnehmen sollen, ist eine große Anzahl noch nicht eingetroffen. Bayern ist bis auf einige Delegierte aus Mittelfranken auf dem Kongreß nicht vertreten. Einige bayerische Soldatenvertreter, die bereits in Berlin eingetroffen waren, sind auf telegraphische Aufforderung wieder zurückgereist. Dagegen sind neun Delegierte aus Deutsch-Oesterreich eingetroffen.

Im Sitzungssaal, der schon vor Eröffnung dicht besetzt ist, herrscht das bürgerliche Kleid vor, im ganzen Saal nur eine Frau. Am Regierungstisch, der vom Zentralrat in Anspruch genommen ist, erscheint als erstes Mitglied der Regierung Kultusminister Hänisch. Von den 21 Anträgen, die dem Kongreß gedruckt vorliegen, befaßt sich die Mehrzahl mit der Rätefrage. Ein Antrag fordert für die Mitglieder der A- und S-Räte für die Ausübung ihrer Tätigkeit (Lebensmittelkontrolle, Durchsuchungen und Beschlagnahmen) den gleichen Schutz, wie er den staatlichen Exekutivorganen gewährt wird. Von den Räten Sachsen-Weimars wird die Aufhebung

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190409-18/fragment/page=0001

ungeheure Folgen als Wirkung habe. Zwei andere Anträge verlangen die Wiedereinführung der Eisen-Rationierung, um dem Schleichhandel entgegentreten zu können. Ein weiterer Antrag geht dahin, der Rätekongreß wolle beschließen, der Friedensdelegation fünf Vertreter aus den Reihen des Kongresses anzugliedern. Ein anderer Antrag verlangt Kommunalisierung des Beerdigungswesens. Bei der Bestattung soll jeder Unterschied aufgehoben werden.

Um 10 Uhr vormittags eröffnet Präsident Leinert den Kongreß. Es wird sodann die Wahl des Bureaus vorgenommen. Zum Vorsitzenden des Kongresses wird der Mehrheitssozialist Hauschild-Kassel gewählt, zum ersten stellvertretenden Vorsitzenden Richard Müller von den Unabhängigen und Schröder-München von der Soldatenfraktion. Es werden überdies acht Schriftführer nach den Parteien gewählt. Der Vorsitzende gibt die bisherige Stärke der Fraktionen bekannt: 138 Mehrheitssozialisten, 55 Unabhängige, 9 Deutsch-Oesterreicher, 21 Soldatenfraktion, 12 Demokratische Partei, 1 Deutsche Volkspartei, 1 Deutschnationale Partei, 1 Westliche Volkspartei, 3 Bauernbund, 1 Kommunist, 1 Parteiloser. Es sind aber noch nicht sämtliche Delegierte einbegriffen.

Wegen verspäteten Eingang unseres Berichts und wegen der Wichtigkeit der Tagung, die unbedingt einen genauen Bericht erfordert, werden wir ausführlich über den ersten Sitzungstag erst morgen berichten.

Die Streiklage.

Essen (Ruhr), 8. April. Das äußere Streikbild ist unverändert. Nachts war die Stadt völlig in Dunkelheit gehüllt. Der Druck ist derartig gering, daß weder Laternen brennen noch Gas für Kochzwecke Verwendung finden kann. Die Aerzte und Krankenhäuser erklären, Operationen nicht mehr vornehmen zu können, da sie keine Möglichkeit haben, die Instrumente zu sterilisieren. Bei der Firma Krupp haben sich die Arbeitswilligen heute früh in sehr großer Zahl eingefunden, sie wurden aber durch Spartakisten, die an den Haupteingängen des Werkes Aufstellung genommen hatten, an der Ausnahme der Arbeit gehindert. Der Straßenbahnverkehr ruht in seiner ganzen Ausdehnung. Auch die Straßenbahnen in Gelsenkirchen und Mülheim haben den Betrieb eingestellt. Heute vormittag sind Regierungstruppen in Essen eingerückt. Nach einer Mitteilung der Zentralstreikleitung waren heute vormittag 245 Schachtanlagen mit 395 700 Mann ausständig. — In Düsseldorf wird weitergestreikt.

Berlin, 8. April. Wie von autoritativer Seite festgestellt wird, sind die aus dem Ruhrrevier während der letzten Tage gemeldeten Streikziffern insgesamt und im einzelnen um ein Erhebliches über den wirklichen Bestand der Ausständigen hinausgegangen. — Wie der Bergbau-Verein berichtet, haben auf den vom Streik betroffenen Zechen 42 829 Mann gearbeitet, außerdem arbeiteten auf Zechen, die überhaupt nicht vom Ausstand betroffen sind, 15 177 Mann.

Neuer Streik in Leipzig?

Leipzig, 8. April. Zuverlässige Mitteilungen zufolge soll auch in Leipzig in den nächsten Tagen wieder ein Generalstreik inszeniert werden. Die sozialdemokratische „Freie Presse" veröffentlicht einen Aufruf an die Leipziger Arbeiterschaft, in dem die Arbeiter und Arbeiterinnen gewarnt werden, ihre Haut abermals zu Markte zu tragen und aufgefordert werden, gegen jedweden Terrorismus sich zu wehren.

Wie das Leipziger Tageblatt berichtet, soll auch noch an verschiedenen anderen Orten Sachsens Streikstimmung herrschen.

Gegen neuen Generalstreik.

Berlin, 8. April. Der „Vorwärts" veröffentlicht einen Aufruf des Vorstandes der sozialdemokratischen Bezirksorganisationen Groß-Berlins an die Arbeiter und Parteigenossen, in dem unter Hinweis darauf, daß von unverantwortlichen Kreisen für einen neuen Generalstreik Stimmung gemacht wird, betont wird, daß sich das deutsche Volk in einer Lage befindet, in der nur angestrengte Arbeit die zum Weiterleben notwendigen Rohstoffe und Lebensmittel verschaffen könne. Von der Regierung werde verlangt, daß sie sofort überall sozialisieren und demokratisieren solle. Aber fortwährende Streiks machten diese Arbeit unmöglich.

Berlin, 9. April. Wenn sich nicht unerwartete Zwischenfälle ereignen, so schreibt die „Voss. Ztg.", wird der politische Generalstreik für diesmal vermieden werden. Die sozialdemokratische Fraktion des Rätekongresses wird in der heutigen Sitzung gegen den Generalstreik proklamieren.

Berlin, 9. April. Der Schlichtungsausschuß, der zwischen dem Verband Berliner Metall-Industrieller und der Organisation der streikenden Angestellten vermittelte, hat gestern seinen einstimmig gefaßten Schiedsspruch fällen können. Arbeitgeber und Arbeitnehmer haben bis zum 11. April, vormittags 10 Uhr, zu erklären, ob sie den Schiedsspruch annehmen. Der Vorsitzende schloß die Verkündung des letzteren mit dem Wunsche, daß nun bald Friede in die Berliner Metallindustrie einziehen möge.

Die Schuldigen der Lebensmittelnot.

Liest man die Organe der Spartakisten darüber nach, was sie zur Lebensmittelnot zu sagen wissen, so findet man nichts als wüste Schimpfereien und Anklagen gegen die Regierung, die es angeblich sich und ihren Kreaturen gestatte, „die Bäuche bis zum Platzen zu füllen", wofür das Volk hungern müsse. Zugegeben, daß der Schleichhandel die Lebensmittelnot verschärft, so ist doch für jeden Einsichtigen klar, daß auch eine bessere Verteilung der Lebensmittel die großen Massen bei den jetzigen Verhältnissen keineswegs sättigen kann, solange nicht die Menge der verfügbaren Lebensmittel bedeutend größer wird. Aber gerade das hindert Spartakus in jeder Weise. Durch Streiks in den Stickstoffabriken und zeitweilige Lahmlegung des Eisenbahnverkehrs, sowie ungenügende Kohlenförderung ist der Ertrag der kommenden Ernte schon im voraus schwer geschädigt. Aber auch die Einfuhr der Lebensmittel, die uns das Ausland liefern könnte, wird durch Spartakus in jeder Weise verhindert. Erst kam der Seemannsstreik, dann der Streik in den Kohlengebieten. Jetzt ist es glücklich so weit, daß wir die Lebensmittel, die wir einführen dürfen, nicht kaufen können, weil uns die Bezahlung fehlt. Geschenkt bekommen wir bekanntlich nichts, unser Papiergeld will das Ausland auch nicht haben, Gold dürfen wir nicht ausführen, es bleibt also nur die Bezahlung durch Kohle und andere Produkte. Diese Zahlung wird durch die fortwährenden Streiks von Spartakus systematisch unterbunden. Und dann klagt man die Regierung an, sie sei schuld an der Nahrungsmittelnot. Eine plumpe Spekulation auf die Dummheit der Leute, die die wirklichen Zusammenhänge nicht sehen können. Nicht die Regierung, sondern Spartakus hungert das deutsche Volk systematisch aus, weil er auf dem völligen Zusammenbruch seine Herrschaft aufbauen möchte.

Die Ereignisse in Magdeburg.

Heute übersieht man die Lage in Magdeburg schon wesentlich besser, wie auch die Ursachen, die zu den Unruhen führten. Tatsächlich steht fest, daß von seiten der U. S. P. D. dort eine Militärrevolte geplant war, und zwar sind die Drahtzieher so unvorsichtig und harmlos gewesen, an unsere dortigen Parteigenossen mit der Aufforderung heranzutreten, den Putsch mitzumachen. Wie diese sich dazu stellten, kann sich jeder denken, und nichts war natürlicher, als daß der Regierung Mitteilung von den Plänen wurde. Daraufhin wurden einige der Schuldigen, darunter der unabhängige Stadtverordnete Alwin Brandes, am Sonntag nachmittag verhaftet, was deren Anhänger sofort ausnutzten, um die Arbeiterschaft am Montag früh zum Generalstreik und den bekannten Ausschreitungen aufzurufen. Es ist das nur teilweise gelungen. Die Zitadelle ist von den überwiegend regierungstreuen Truppen wieder genommen, die verhafteten Offiziere sowie Landsberg sind in Freiheit, die Stadt ist ruhig und der Rest der Aufständischen ist in südöstlicher Richtung abgerückt und soll sich dort verschanzt haben. Irgendwelche Regierungstruppen von außerhalb sind noch nicht in Aktion getreten. Nichtsdestoweniger sind unsere Genossen in Magdeburg bemüht, Licht in die Affäre zu bringen. Drei Parteigenossen haben sich sofort nach Berlin begeben, wo Brandes und die zwei verhafteten Magdeburger Soldatenräte sich in sicherer Schutzhaft befinden, um die nötige Aufklärung zu fordern. Die Parteileitung wendet sich in Aufrufen an die Arbeiterschaft mit der Weisung, indessen Ruhe zu bewahren und zu arbeiten.

Leider sind doch einige unliebsame Ereignisse zu verzeichnen, da am Hafen Plünderungen vorkamen, die einen erheblichen Umfang angenommen haben. Doch ist die Ruhe überall wiederhergestellt.

Wie man lügt.

Darüber schreibt der Vorwärts:

Die von unabhängiger Seite agitatorisch verbreitete Behauptung, es seien gegen kommunistische und unabhängige Arbeiterräte usw. bereits „mehrals 2000 Haftbefehle" erlassen worden, ist amtlich auf das schärfste dementiert worden. Auch die Freiheit muß diese Richtigstellung bringen. Aber was macht sie daraus? Sie legt jetzt ganz willkürlich in der amtlichen Richtigstellung die Betonung auf das Wort „mehr" und schreibt: „Nun, 2000 genügen auch schon."

Es ist natürlich eine völlige Verdrehung des amtlichen Dementis, wenn man herauslesen will, daß die Verhaftung von 2000 darin zugestanden würde. Die Fassung der amtlichen Erklärung führt einfach dahin, daß die bestrittene Behauptung entsprechend gelautet hatte, es seien mehrals 2000 verhaftet worden. Die Behauptung wurde also in der aufgestellten Form zurückgewiesen, und natürlich ist es keinem Menschen eingefallen, damit sagen zu wollen, daß nun etwa 2000 verhaftet wären. — Aber die Berliner Parteidelegierten der S. P. D. haben am Sonntag gewußt, warum sie den Ausspruch, „die Freiheit ist das größte Lügenblatt Berlins", mit stürmischem Beifall aufnahmen.

Leichtgläubig faßt die Freiheit alles auf, was zur Verhetzung der Massen und zur Verschärfung und zum Ueberkochen der Volksleidenschaften verwendbar ist. Es handelt sich bei ihr nicht um Kritik, die an sich ja überall erwünscht ist, sondern es handelt sich darum, ihre bestimmten Ziele zum gewaltsamen Sturz der gegenwärtigen Regierung zu fördern.

Am Sonntag morgen bringt sie eine exzeptionär und konterrevolutionär aufgemachte Rede des Majors v. Stockhausen. Diese Rede, sowie die Zusammenkunft der Offiziere, vor der sie gehalten worden sein soll, ist, wie jetzt bekannt wird, von A bis Z erlogen. Kein Wort von all dem ist wahr! Wer den Text der Rede, wie er in der Freiheit abgedruckt ist, mit kühlem Kopfe liest, dem drängt sich sofort das Gefühl auf, daß hier nur zum Zweck der Hetze ein Tollhausstück zurechtgestutzt worden ist.

Die „Freunde" der Einigung des Proletariats.

In Gotha fragten die vier mehrheitssozialistischen Gemeindevertreter bei der Fraktion der U. S. P. an ob Geneigtheit zu einem gemeinschaftlichen Zusammenwirken bestünde. Die Antwort lautete, daß an ein Zusammenarbeiten mit Leuten, die Mitglieder, wie Ebert-Scheidemann und Noske in ihren Reihen hätten, für die Unabhängigen ganz ausgeschlossen sei. Nun sitzt zwar keiner der drei genannten Genossen im Gothaer Stadtparlament, wohl aber sitzen darin in der Fraktion der U. S. P. eine ganze Anzahl von Elementen, die vor einem halben Jahre noch tief im bürgerlichen Lager steckten. Diese Leute verstehen zwar auch heute noch nichts vom Sozialismus, aber sie dürfen immerhin mit hochmütigen Redensarten jeden Versuch zur Wiederannäherung den streitenden Teil der Arbeiterschaft vereiteln. In zahlreichen anderen Gemeindevertretungen im Thüringer Land arbeiten Unabhängige und Mehrheitssozialisten im Interesse des Proletariats ganz gut zusammen.

Hochverrat der Schwerindustrie.

Deutsches Eisen zu feindlichen Waffen.

Ein Artikel „Hochverrat der Schwerindustrie" im Vorwärts, der darauf hinweis, daß während des Krieges dem Feinde über das neutrale Ausland deutsches Eisen und Stahl geliefert wurde, hat den Stahlwerksverband veranlaßt, den Nachweis dafür zu fordern. Der Vorwärts gibt daraufhin die amtlichen Zahlen über die deutsche Eisen- und Stahlausfuhr an, die danach allein in einem Jahre, 1916, mindestens 6 Millionen Tonnen betrug. Bei dieser Gelegenheit kann auch noch auf einen besonders präzisierten Fall hingewiesen werden, wo dem Feinde direkt fertige Waffen aus deutschen Fabriken über Schweizer Bestellung geliefert wurden. Es war im Jahre 1916, als die französischen Flieger sich der sogenannten Fliegerpfeile gegen unsere Truppen bedienten. Es war eine neue Waffe und die Untersuchung von deutscher Seite ergab, daß diese Stahlpfeile, uns bisher unbekannt, deutsches Fabrikat waren, was damals von amtlicher Stelle der Presse ausdrücklich mitgeteilt wurde. Die Hersteller behaupteten, nicht gewußt zu haben, was sie mit diesen spitzen Pfeilen anfertigten!

Die Herrschaften von der Schwerindustrie täten jedenfalls gut daran, zu schweigen, wenn davon die Rede ist, daß für sie allemal Geschäft eben Geschäft war. Das war so vor dem Kriege, und wie man sieht, sogar noch während desselben.

Von der Tagung der Erwerbslosen.

Während sich am Sonnabend der Reichserwerbslosenkongreß weniggstens sachlich mit dem Problem der Arbeitslosigkeit und wirtschaftlichen Notlage der Erwerbslosen befaßte, ging am Sonntag auf die Teilnehmer des Kongresses ein Resolutionsgewitter nieder, dem sie nicht standzuhalten vermochten. Unter anderem war von kommunistischer Seite eine Entschließung beigebracht worden, nach der die Arbeiter aufgefordert

Die Geschichte zweier Städte.

(34) Roman von Charles Dickens.

Solange ein Bedienter anwesend war, ward kein Wort weiter zwischen den beiden gewechselt. Als Kaffee serviert war und sie sich wieder allein befanden, begann der Neffe ein Gespräch, indem er den Onkel ansah und den Augen des Gesichts begegnete, das wie eine schöne Maske aussah.

„Ich kehre zurück von einer Reise in Verfolg des Zieles, das Sie kennen. Es hat mich in große, unerwartete Gefahr gebracht; aber es ist ein heiliges Ziel, und wenn es mich in den Tod geführt hätte, hätte es mich, hoffe ich, aufrecht erhalten."

„Nicht in den Tod," sagte der Onkel; „es ist nicht notwendig zu sagen in den Tod."

„Ich bezweifle sehr", entgegnete der Neffe, „ob, wenn es mich bis an den Rand des Grabes geführt hätte, Sie einen Finger aufgerührt hätten, um mich zu retten."

Das Vertiefen der Grübchen in der Nase und das Längerwerden der schönen geraden Linien in dem grausamen Gesicht antworteten ominös genug auf diese Vermutung; der Onkel machte eine anmutig protestierende Handbewegung, die so offenbar eine bloße Höflichkeit war, daß sie nicht beruhigen konnte.

„Wahrhaftig, Sir," fuhr der Neffe fort, „nach dem, was ich weiß, können Sie ebensogut ausdrücklich darauf hingewirkt haben, den verdächtigen Verhältnissen, die mich umgaben, einen noch verdächtigeren Anstrich zu geben."

„O, nein, nein", sagte der Onkel mit freundlichem Lächeln.

„Sei dem, wie ihm wolle," fing der Neffe wieder an und sah ihn mit diesem Mißtrauen an, „ich weiß, daß mich Ihre Diplomatie durch jedes Mittel hindern und sich in betreff der Mittel kein Gewissen machen würde."

„Mein Bester, das habe ich Ihnen gesagt", sagte der Onkel mit einem leisen Zittern über den Nasenflügeln. „Haben Sie die Güte, nicht zu vergessen, daß ich Ihnen das vor langer Zeit gesagt gesagt habe."

„Ich erinnere mich deshalb wohl."

„Ich danke Ihnen", sagte der Marquis mit der liebenswürdigsten Höflichkeit.

Der Klang seiner Stimme zitterte durch die Luft fast wie der Ton eines musikalischen Instrumentes.

„Wahrhaftig, Sir," fuhr der Neffe fort, „ich glaube, es ist zu gleicher Zeit Ihr Mißgeschick und mein Glück, was mir hier in Frankreich der Freiheit lässt."

„Ich verstehe nicht ganz", erwiderte der Onkel, seinen Kaffee schlürfend. „Darf ich um nähere Erläuterung bitten?"

„Ich glaube, daß wenn Sie nicht bei Hofe in Ungnade wären und zwar schon seit Jahren, mich längst ein Lettre de Cachet auf unbestimmte Zeit auf eine Festung geschickt hätte."

„Wohl möglich", sagte der Onkel mit großer Ruhe. „Um der Familienehre willen könnte ich mich sogar entschließen, Ihnen diese Ungelegenheit zu verursachen. Ich bitte es zu entschuldigen."

„Ich bemerke, daß zu meinem Glück der Empfang bei der vorgestrigen Audienz wie gewöhnlich ein kalter gewesen ist", bemerkte der Neffe.

„Ich möchte nicht sagen zu Ihrem Glücke, mein Wertester," entgegnete der Onkel mit der größten Höflichkeit; „ich bin dessen nicht so sicher. Eine gute Gelegenheit zum Nachdenken, verbunden mit den Vorteilen der Einsamkeit, würde vielleicht auf Ihr Schicksal mehr vorteilhaften Einfluß haben, als Sie selbst haben können. Doch ist es unnütz, darüber zu sprechen. Wie Sie sagen, bin ich darin im Rechte. Diese kleinen Besserungsmittel, diese sanften Hilfen für Familienmacht und Ehre, diese kleinen Begünstigungen, die Ihnen unbequem werden können, sind jetzt nur durch Fürsprache und Zudringlichkeit zu erlangen. Sie werden von so vielen gesucht und verhältnismäßig so wenigen gewährt! Es war sonst nicht so, aber Frankreich hat sich in allen diesen Dingen verschlimmert. Unsere Vorväter hatten das Recht über Leben und Tod der umwohnenden gemeinen Herde. Aus diesem Zimmer sind viele dieser Lumpen zum Galgen geführt worden; im nächsten Zimmer, in meinem Schlafzimmer, wurde ein Bursche auf der Stelle niedergestoßen, weil er ein unverschämtes Bedenken wegen seiner Tochter hatte — seiner Tochter! — Wir haben viele Vorrechte verloren; eine neue Philosophie ist Mode geworden; und die Behauptung unserer Stellung könnte (ich gehe nicht soweit zu sagen, würde, aber könnte) uns heutzutage wirkliche Ungelegenheiten verursachen. Sehr traurig!"

Der Marquis nahm eine kleine Prise aus seiner Dose und schüttelte den Kopf so graziös verzweifelnd, als er anständigerweise sein konnte, verzweifelnd an einem Lande, das noch ihn besaß, dieses große Mittel der Wiedererhebung.

„Wir haben unsere Stellung in alter und neuerer Zeit so behauptet," sagte der Neffe düster, „daß ich glaube, unser Name ist in Frankreich mehr gehaßt als jeder andere."

„Das wollen wir hoffen," sagte der Onkel. „Haß der Großen ist die unwillkürliche Huldigung der Kleinen."

„In diesem ganzen Lande rings um uns," fuhr der Neffe in seinem früheren Tone fort, „gibt es kein Gesicht, das mich mit einem anderen Gefühle ansieht, als dem der scheuen Unterwürfigkeit, der Furcht und Sklaverei."

„Ein Kompliment für die Bedeutung der Familie," sagte der Marquis, „durch die Art und Weise verdient, wie die Familie ihre Bedeutung aufrecht erhalten hat. Ha!" und er nahm wieder eine kleine Prise und legte gleichgültig die Beine übereinander.

Aber als sich der Neffe mit dem Ellbogen auf den Tisch stützte und dankenvoll und niedergeschlagen die Augen mit der Hand bedeckte, blickte ihn die schöne Maske mit einem stärkeren Ausdruck von Reugier, Mißtrauen und Abneigung an, als sich mit der angenommenen Gleichgültigkeit des Mannes vertrug.

„Zwang und Gewalt ist die einzige dauernde Philosophie. Die scheue Unterwürfigkeit der Furcht und Sklaverei, mein Bester," bemerkte der Marquis, „erhält die Kerle der Peitsche gehorsam, solange dieses Dach" — mit einem Blick in die Höhe — „den Himmel hinaussperrt."

Das dauerte möglicherweise nicht so lange, als der Marquis meinte. Wenn er diese Nacht ein Bild des Schlosses hätte sehen können, wie es und fünfzig andere in ein paar Jahren sein würde, so hätte er wahrscheinlich kaum das seinige in den rauchgeschwärzten, ausgeplünderten Trümmern erkannt. Und was das Dach betrifft, so hätte er finden können, daß es den Himmel auf eine ganz neue Art hinaussperrte — nämlich für immer aus den Augen der Leichen, in die sein Blei aus hundertfaltigen Mustern gespeiert worden.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190409-18/fragment/page=0002

werden sollten, die Steuer- und Mietezahlung zu verweigern. Der Antragsteller Herrfurth führte mit seltener Offenheit aus, daß die Entschließung nur dazu dienen solle, um, wenn auch die Zahlungsverweigerung jetzt nicht durchgeführt werden könnte, wenigstens Hemmungen im Staatsbetriebe herbeizuführen. Indessen war die Mehrheit der Versammlung doch so vernünftig, den Antrag abzulehnen. Mit 28 gegen 22 Stimmen wurde auch eine Entschließung abgelehnt, die fordert, daß die Regierung die Nationalversammlung auflösen und dann selbst zurücktreten solle. Dagegen wurde eine andere Entschließung angenommen, in welcher der Reichsregierung das schärfste Mißtrauen ausgesprochen und die Aufhebung des Belagerungszustandes verlangt wurde. Weitere Entschließungen wandten sich gegen die Freiwilligentruppen. Die Geschäfte, die Werbeplakate aushängen, und die Zeitungen, die Werbeanzeigen aufnehmen, sollen boykottiert werden. Die Frauen und Mädchen des Proletariats wurden aufgefordert, die Freiwilligen „zu meiden wie die Pest". Nur der Kuriosität halber sei noch der Antrag mitgeteilt, in dem das Auswärtige Amt beauftragt wurde, beim russischen Volkskommissar des Aeußeren anzufragen, ob die Sowjetregierung u. a. bereit sei, deutschen Landwirten Land, Saatgut und Kühe zur Verfügung zu stellen. In der Aussprache selbst wurde mehrfach von Kongreßteilnehmern betont, daß unter ihnen keine Klarheit über das, was werden solle, bestünde und daß sie mit dem Verlaufe der Verhandlungen in dieser Form nicht zufrieden seien. In der Tat haben die zahlreichen Redner, die Entschließungen der vorerwähnten Art einbrachten, der Sache der Arbeitslosen nichts genützt; dem wirklichen Problem der Arbeitslosigkeit ist man dadurch nicht näher gekommen.

Neutrale Ärzte zur Prüfung der Ernährungslage in Deutschland.

Der Aufruf der medizinischen Fakultäten von Deutschland und Deutsch-Oesterreich an die Schwesterfakultäten in Holland, Schweden, Norwegen, Dänemark, der Schweiz und Spanien hat einen vollen Erfolg gehabt. Sonnabend und Sonntag sind die Herren Prof. Johannssen aus Stockholm, Prof. Gadelius aus Stockholm, Prof. Brandt aus Christiania und Prof. Tendeloo aus Leiden in Halle eingetroffen, nachdem sie bereits in Berlin erschütternde Eindrücke von der gewaltigen Not in Deutschland empfangen hatten. Sie haben durch Besichtigung von Krankenhäusern, Schulen, Speisungsanstalten usw. einen tiefen Einblick in das ganze hier herrschende Elend gewonnen. Es kann den erwähnten Professoren nicht genug dafür gedankt werden, daß sie sich der großen Aufgabe unterzogen haben, in diesen so schweren Zeiten die nicht leichte Reise nach Deutschland zu unternehmen. Der Besuch dieser Herren ist für uns nicht nur in der Hinsicht bedeutungsvoll, daß wir hoffen, durch ihr objektives Urteil eine Besserung der Ernährungslage zu erhalten, er hat darüber hinaus uns gezeigt, daß Deutschland nicht ganz hilflos dasteht.

Kurze Notizen.

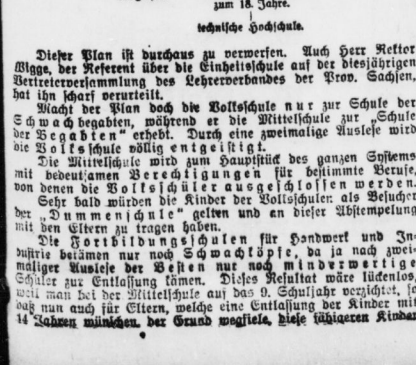
Breslauer Arbeiterrat. Der bisher in Breslau bestehende Volksrat, der aus allen Parteien bestand, hat sich, nachdem die Räte eine dauernde Stellung in der Verfassung bekommen haben, aufgelöst. Es wird nunmehr ein Arbeiterrat gewählt, vorläufig ist ein provisorischer Arbeiterrat gebildet worden.

Eine Vereinigung sozialistischer Lehrer ist auch für den Regierungsbezirk Oppeln gegründet worden. Zum ersten Vorsitzenden wurde Genosse Faulhaber-Siersianowitz gewählt.

Auf dem Reichs-Erwerbslosenkongreß wurde ein Telegramm verlesen, wonach in Frankfurt a. M. die „weiße Garde" von Hanau-heim her eingerückt sein soll. Das Telegramm übte die ermünschte Wirkung, wahr ist an ihm, wie uns aus Frankfurt a. M. mitgeteilt wird, kein Wort.

Zur Einheitsschule.

In einem Artikel der „Glocke" wurde kürzlich sehr richtig vor der Entgeistigung der Volksschule und damit der Arbeiterschaft gewarnt. Es erscheint mir daher sehr angebracht, auf den Artikel „Parteien — Lehrer — Einheitsschule" (Nr. 33) doch noch einmal zurückzukommen. Er entrollt uns das Schuldeal, das wohl allen Mittelschullehrern nach dem Sinne ist: denn Herr Mittelschullehrer B. Sch. wird wissen, was in seinen Kreisen gewünscht wird. Ich zeige sein Schuldeal in Form einer Skizze:



Dieser Plan ist durchaus zu verwerfen. Auch Herr Rektor Wigge, der Referent über die Einheitsschule auf der diesjährigen Vertreterversammlung des Lehrerverbandes der Prov. Sachsen, hat ihn scharf verurteilt.

Macht der Plan doch die Volksschule nur zur Schule der Schwachbegabten, während er die Mittelschule zur „Schule der Begabten" erhebt. Durch eine zweimalige Auslese wird die Volksschule völlig entgeistigt.

Die Mittelschule wird zum Hauptstück des ganzen Systems mit bedeutsamen Berechtigungen für bestimmte Berufe, von denen die Volksschüler ausgeschlossen werden.

Sehr bald würden die Kinder der Volksschule als Besucher der „Dummenschule" gelten und an dieser Abstempelung mit den Eltern zu tragen haben.

Die Fortbildungsschulen für Handwerk und Industrie bekämen nur noch Schwachköpfe, da ja nach zweimaliger Auslese die Besten nur noch minderwertige Schüler zur Entlassung kämen. Dieses Resultat wäre lückenlos, weil man bei der Mittelschule aus das 9. Schuljahr verzichtet, so daß nun auch für Eltern, welche eine Entlassung der Kinder mit 14 Jahren wünschen, der Grund wegfiele, diese fähigeren Kinder der Volksschule zu lassen. Man erkennt, wie ausgeklügelt der Plan ist. Man male sich seine Wirkung aus für die Arbeiter- und Handwerkerschaft, für Meister und Fabrikanten! Wir fürchten, daß bei einer so entgeistigten Arbeiterschaft auch begabte Techniker und Kaufleute nicht auf ihre Rechnung kämen. Ja, da sich oft Unfähigkeit und Trägheit paaren, so ergänzen sich für das wirtschaftliche Leben ganz eigenartige Aussichten.

Leider würde durch solche Organisation wiederum eine Schichtung in drei Klassen entstehen, was politisch zu verwerfen ist.

Schuf der Kapitalismus: Proletariat, Mittelstand, Oberschicht, so schafft hier der Intellektualismus:

1. Schicht der Schwachbegabten,
2. „ „ Begabten,
3. „ „ Fähigsten.

Wir fürchten, daß solche Schichtung politisch verhängnisvoll werden müßte. Leicht würden die begabten Oberschichten ein Herrentum errichten über der schwachköpfigen Unterschicht. Andererseits bildete diese Unterschicht einen günstigen Boden für politische Irreführung.

So müssen wir ein Schulsystem ablehnen, das zwischen der Volksschule und der „Höheren Schule" noch eine selbständige Mittelschule bietet. Ist doch diese auch absolut nicht mehr nötig. Da Schulgeldfreiheit angestrebt wird, so können ja auch alle fähigen Kinder, auch von solchen Eltern, die bisher statt 140 Mark nur 40 Mark Schulgeld erschwingen konnten, in die Gymnasien usw. eintreten.

So erachten wir eine selbständige Mittelschule bei Schulgeldfreiheit für unnötig und schädlich. Wir lehnen sie ab aus ethischen, pädagogischen, wirtschaftlichen und politischen Gründen. Auch Herr Tews, der so bekannte Schulpolitiker, lehnt die selbständige Preußische Mittelschule ab.

Wir sind nach allen Darlegungen der Ueberzeugung, daß der im Obigen kritisierte Entwurf dem durch die Volksschullehrerschaft erstrebten Aufbau unterlegen ist.

F. Danckwardt.

Parteinachrichten.

Bezirkstag für Groß-Berlin.

Ein Bezirksparteitag für Berlin, Teltow-Beeskow und Niederbarnim fand Sonntag im Hauptsitzungssaale des früheren Herrenhauses statt. Anwesend waren 457 Delegierte. Den Vorsitz führte Krüger-Kopenick.

Die eigentliche politische Diskussion begann erst in der Nachmittagssitzung. Im Vordergrund der Besprechung stand die Haltung des „Vorwärts". Eingeleitet wurde die Aussprache durch ein Referat des Arbeitersekretärs Hermann Müller-Niederbarnim, der besonders der Redensart entgegentrat, daß seit der Revolution nichts erreicht und nichts geleistet worden sei und sehr ernst nachwies, daß die Sozialisierung nur entwicklungsgemäß und schrittweise vor sich gehen könne. Zur Begründung einiger Anträge, die sich gegen die Haltung des „Vorwärts" richteten, und der Redaktion ein Mißtrauensvotum ausstellen wollten, sprach Berger-Wilmersdorf. Er warf dem „Vorwärts" vor, daß er die Stimmung der Massen nicht berücksichtige und forderte, daß der „Vorwärts" sich allein als Parteiblatt und nicht als Regierungsorgan betrachte, und sich in seiner Kritik an der Regierung keinerlei Zurückhaltung auferlege. Als Vertreter des „Vorwärts" erwiderte der Chefredakteur Stampfer, daß selbstverständlich in der Erregung politischer Stürme jedem, auch der „Vorwärts"-Redaktion Irrtümer unterliefen. Im Falle Lichtenberg sei der „Vorwärts" getäuscht worden. Aber selbstverständlich habe er niemals wissentlich gelogen, während kein Berliner Blatt so unverschämt schwindelt wie die „Freiheit". Die Ausschreitungen der Freiwilligen-Regimenter kritisiere auch der „Vorwärts", aber in anderer Tonart als die „Freiheit", denn er verfolge ein anderes Ziel. Die Unabhängigen wollten die Freiwilligen abschaffen, und die Regierung wehrlos machen, der „Vorwärts" aber wolle sie reformieren. Leider bleibe keine Zeit dazu, da die fortwährenden Unruhen die Freiwilligen dauernd in Atem hielten.

Nach längerer Aussprache wurde das Mißtrauensvotum gegen die „Vorwärts"-Redaktion mit mehr als zwei Drittel-Mehrheit abgelehnt, dagegen mit 140 gegen 116 Stimmen bei starker Stimmenthaltung ein Antrag angenommen, wonach der „Vorwärts" die Werbeinserate der Freiwilligen-Regimenter nicht mehr bringen soll.

Die Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands

hat den Genossen Heinrich Schulz zum Vorsitzenden gewählt. Der bisherige Vorsitzende, Genosse Ebert, hat das Amt infolge seiner Wahl zum Reichspräsidenten niedergelegt, nachdem er seit der Begründung der Zentralstelle viele Jahre lang in vorbildlicher Weise diesen schwierigen Posten verwaltet hat und jederzeit ein eifriger Förderer der Jugendbewegung gewesen ist. Wie sehr ihm die Sache der Jugend am Herzen lag, beweisen die folgenden Worte aus einem Schreiben, das er anläßlich der Niederlegung seines Amtes als Vorsitzender an die Zentralstelle gerichtet hat:

„Ich möchte diese Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, ohne zum Ausdruck zu bringen, daß ich nur mit lebhaftem Bedauern die Tätigkeit in der Zentralstelle der arbeitenden Jugend aufgebe. Gerade dieses Arbeitsgebiet war mir besonders lieb, da nach meiner Ueberzeugung von der weitgehenden Aufklärung und Gewinnung der Arbeiterjugend die Zukunft unserer Partei abhängt. Ich wünsche Ihnen in Ihrer ferneren Arbeit den besten Erfolg und hoffe, daß es mir möglich sein wird, auch in meiner jetzigen Stellung manches Ersprießliche zum Wohle der arbeitenden Jugend zu schaffen."

Zuschriften für die Zentralstelle sind zu richten an Heinrich Schulz, Berlin S.W. 68, Linderstr. 3.

Gewerkschaftliches.

Arbeitsgemeinschaft in der Holzindustrie.

In der Holzindustrie finden zwischen Unternehmer- und Arbeiterorganisationen seit dem November Verhandlungen auf Abschluß einer Arbeitsgemeinschaft zur Regelung aller Fragen der Industrie statt. Eine Sitzung, die dieser Tage in der Berliner Handelskammer abgehalten wurde, hat das Problem, nunmehr soweit der Verwirklichung entgegengebracht, daß man beschlossen hat, einen festbesoldeten Geschäftsführer anzustellen. Auch alle organisation-technischen Fragen sind erledigt. Man nimmt an, daß die Gemeinschaft am 1. Mai ihre Wirksamkeit beginnen wird.

Literatur.

Entwurf zur Sozialisierung der Theater Bayerns
von Willy Stuhlfeld.

Der rührige Direktor des Stadttheaters Würzburg der bereits früher im Bühnenverein wirksam mit seinen freiheitlichen Ansichten heraustrat, hat sich der Aufgabe unterzogen, einen Sozialisierungsentwurf auszuarbeiten, der sich leicht auf das ganze Reich ausdehnen ließe. Man muß den Versuch als völlig gelungen bezeichnen und kann nur dringendst wünschen, daß endlich davon gegangen wird den dafür überreisten Theaterbetrieb zu sozialisieren. In Stuhlfelds Entwurf ist der springende Punkt der, daß einmal der Staat alle Kosten übernimmt, für die er sich durch Erfassung der Licht-Spieltheater, kommunaler Betriebszuschüsse u. Einnahmen der Theater schadlos halten soll, andererseits der erzielte Reingewinn nach Abzug von 10 Prozent Anteil für den Bühnenleiter, der am Geschäftsgang dadurch interessiert wird, an die Theatermitglieder verteilt werden soll. Die einzelnen Posten der Einnahmen und Ausgaben sind in dem Entwurf bis ins kleinste ausbalanziert. Hierzu eine besondere Stellung zu nehmen erübrigt sich, die Zahlen geben ja auch insofern nur ein unvollkommenes Bild des Geschäftsleins des einzelnen, da ja doch der Gewinnanteil hinzukommt. Sonst würde wohl auch kaum z. B. ein Dramaturg für die Zentrale sämtlicher Theater Bayerns mit 6000 Mark Jahresgehalt zu finden sein. Alles in allem ein wertvolles Stück Arbeit auf dem Gebiete, das hoffentlich (wenn auch zum Leide vieler Kollegen Stuhlfelds) bald Tat wird. rrr.

Letzte Nachrichten.

Streik und Lebensmittelzufuhr.

Berlin, 9. April. Die ersten in Deutschland eingetroffenen Lebensmittelschiffe der Entente haben, wie eine sozialistische Korrespondenz meldet, mit Ballast wieder ausfahren müssen, weil in Deutschland nicht einmal so viel Waren zur Ausfuhr zusammen zu bringen waren, daß die wenigen Lebensmittelschiffe damit hätten befrachtet werden können. Wie der „Vorwärts" feststellt, konnten wir für die Lebensmittelschiffe nicht einmal genügend Kohle zur Wiederauffüllung der Bunker zur Stelle schaffen.

Sie treffen weiter ein!

Rotterdam, 8. April. Dem Wunsche der deutschen Regierung entsprechend ist heute auf Veranlassung des Vertreters der deutschen Regierung in Rotterdam der erste Ueberseedampfer mit Mehl, Bohnen, Fetten und Milch, zusammen eine 3000 Tonnen, nach Bremerhaven beordert worden. Es werden ferner in nächster Zeit in Hamburg und anderen deutschen Häfen aus Amerika kommen: 35 000 To. Getreide, Mehl und Fette.

Bankbeamtenstreik.

Berlin, den 9. April. Im Zirkus Busch ist gestern nachmittag der Generalstreik der Angestellten von sechs Berliner Großbanken beschlossen worden. Zum Schluß der Versammlung gelangte eine Entschließung zur Annahme, in der die versammelten Bankangestellten Groß-Berlins sich mit der Proklamation des Generalstreiks der Großbankangestellten von ganz Deutschland einverstanden erklären und die Kollegenschaft auffordern, die Arbeit am 10. April dieses Jahres in ganz Deutschland niederzulegen, wenn nicht bis dahin ihre Bedingungen angenommen werden.

Wilsons Abreise.

New York, 8. April. (Reuter.) Die Abfahrt des Schiffes des Präsidenten Wilson „George Washington" nach Brest, die am 14. April erfolgen sollte, ist nunmehr auf den 11. April festgesetzt.

„Neues von den Tag" meldet aus Paris: Die amerikanischen Friedensdelegierten hätten erklärt, daß Wilson durch seine beschleunigte Abreise die Friedenskonferenz zwingen wolle, entweder sofort unter den bereits angenommenen Bedingungen Frieden zu schließen oder zu erleben, daß Amerika sich auf seine eigene Politik zurückzieht.

Wir bitten

unsere Leser und Leserinnen, sich bei Einkäufen auf die Anzeigen in der Volksstimme zu berufen.

Bekanntmachung.

Im Interesse eines geordneten Geschäftsganges, sowie zur Beschleunigung des Rechnungsregungsgeschäftes der städtischen Verwaltung ist es dringend erforderlich, daß alle Unternehmer und Lieferanten sofort nach Ausführung der ihnen übertragenen städtischen Arbeiten und Lieferungen die Rechnungen über dieselben zur Prüfung und Zahlungsanweisung einreichen.

An alle Beteiligten richten wir daher hierdurch das dringende Ersuchen, sofort nach Erledigung der ihnen erteilten Aufträge die diesbezüglichen Rechnungen einzureichen unter dem Hinzufügen, daß bei Nichterfüllung dieses Wunsches wir uns zu unserm Bedauern genötigt sehen die Säumigen in Zukunft bei Vergebung von Lieferungen und Arbeiten auszuschließen.

Halle, den 1. April 1919. Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Verschiedentliche Verstöße gegen die Bestimmungen im § 8 Abs. 2 und 3 unserer Verordnung über die Regelung des Verbrauchs von Brot und Mehl vom 27. September 1918 geben erneut Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß die Haushaltungsvorstände verpflichtet sind, Veränderungen in der Kopfzahl der Haushaltungen mündlich oder schriftlich binnen drei Tagen bei der zuständigen Markenausgabestelle anzuzeigen.

Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe bis zu 50 000 Mark bestraft.

Wir weisen gleichzeitig darauf hin, daß es sich zur Vermeidung von nachträglichen Auseinandersetzungen empfiehlt, die in den Markenausstellen behändigten Lebensmittelkarten usw. sofort an Ort und Stelle nachzuzählen

Halle, den 4. April 1919. Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Es stehen folgende Altmaterialien zum Verkauf im Depot

	Berliner Str. 1 Kg.	Seebener Str. 67 Kg.
Schmelzeisen	5000	3730
Gußeisen	5000	1750
Radbandagen	1500	900
Achsenstahl	250	—
Siederohre	1250	—

Angebote mit entsprechender Aufschrift sind bis zum 15. April vormittags 11 Uhr, im Straßenbahndepot, Berliner Straße 1, abzugeben. Die Verkaufsbedingungen und Angebotsformulare liegen daselbst aus. Die Straßenbahn-Direktion.

Lebensmittel-Kalender.

Der Verkauf von Quark erfolgt am Donnerstag, den 10. April auf den Abschnitt 11 für die eingetragenen Kunden bei dem Milchhändler Hopfeld, Streiberstr. 29, und Milchhändler Harnisch Schülershof 11. Auf jeden Abschnitt wird ½ Pfund abgegeben Die abgetrennten Abschnitte sind bis 14. April abzuliefern.

Städtischer Verkauf von litauischem Streichkäse, weite Sonderverteilung im Anschluß an die Verteilung von Rohschlackwurst, in der Talamtschule am Donnerstag, den 10. April. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Nummern der Lebensmittelscheine 21 001—23 500 vorm. von 8—12 Uhr und die Inhaber der Nummern 23 501—27 000 nachmittags von 2—6 Uhr. Für jede Person eines Haushaltes kann ¼ Pfund zum Preise von 90 Pf. abgegeben werden. Der Lebensmittelschein ist vorzulegen. Ausgeschlossen gilt bereit zu halten.

Halle, den 9. April 1919. Der Magistrat.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190409-18/fragment/page=0003

Walhalla-Operetten-Theater.
Anfang 7.10 Uhr:
„Der Rastelbinder."
Operette von Franz Lehar.
Kasse v. 10—1½ u. 4—6.

Stadt-Theater
Donnerstag, d. 10. April 19.
Abends 7. Ende 9¼ Uhr:
Der Barbier von Sevilla
Komische Oper v. Rossini.
Freitag:
Iisebill.

Auf dringenden Wunsch wiederholt!
Saalschlossbrauerei.
Am Donnerstag, den 10. ds. Mts., abends 8 Uhr, nochmals Vortrag über
Freie Liebe oder Ehe?
Die Prostitution!
Redner: **Dr. Martn Olpe.**
Der erste Vortrag wurde auch hier mit grosser Begeisterung aufgenommen. Vergl. Kritik in der Saale-Zeitung vom 4. ds. Mts.
Eintritt 0,50 und 1,— Mk. num. Karten 2,— Mk. Karten nur an der Abendkasse ab 6 Uhr.

Das Gute Scheffel Brot
ist unübertroffen an Qualität und Bekömmlichkeit.
Ueberall zu haben.

Licht-Spiele
Alte Promenade IIa.
Fernruf 5738.

Ab Freitag, den 11. April 1919 täglich:
Aphrodite
Das Problem der Liebe.
Dramatisches Schauspiel in 6 Abteilungen.

Hamburger Presseurteil:
Der Film spielt an der dalmatinischen Küste und gibt ein ergreifendes Bild von der Liebe Lust und Leid. Er ist ein tiefempfundenes Seelengemälde von unsagbarem Reiz und Zartheit. Die Meeresgestade und Küstenbilder ziehen in überwältigender Schönheit vorüber, sie gehören in ihrer Schärfe und Klarheit zu den schönsten, die je über die Leinwand gehuscht sind. Die bekannte ungarische Filmdiva Annie Goth und Richard Kornay sind die mächtigen Stützen dieses Gross-Films.

Alle Vorzüge aufgehoben!
Es wird dringend gebeten, bereits die Nachmittags-Aufführungen zu besuchen.

Optische Anstalt
Karl Schneider,
45 Gr. Ulrichstr. 45.
Langjährige Spezialität:
Anfertigung von 251
Augengläsern
Lieferant sämtlicher Krankenkassen.
Fernsprecher Nr. 2590

Alle Sorten Felle
Häute, Tierhaare und Wolle kaufen zu Höchstpreisen 2571
Gebr. Danglowitz.
6225 Fischerplatz 2

Apollo-Theater
Heute u. täglich 7½ Uhr:
Der ersten Liebe gold'ne Zeit.
Operette von J. Gilbert.
Vorverk. v. 9—1 u. 5—7½.

Reparaturen an Uhren
übernimmt bei solider Ausführung zu normalen Preisen
Karl Unger, Uhrmacher,
Kl. Klausstr. 18 (dicht a. Markt) und Gr. Steinstr. 85 (gegenüber Barfüßerstr.). 2096

Kaffeeservice
in reicher Auswahl sehr billig.
C. F. Ritter,
Leipziger Strasse 90.

Mein
Stock- und Pfeifengeschäft
befindet sich während des Umbaues
Rathausstr. 17
gegenüber Bauers Restaurant.
F. Saatz.

Saal-Dekorationen
Kopf-Bedeckungen
:: **Tanz-Blumen** ::
Neuheit! **Tanz-Kontroll-Abzeichen** Neuheit!
empfiehlt auch für Wiederverkäufer 2907
Tel. 3477 **Paul Lange** Tel. 3477
Kurz- und Galanteriewaren-Grosshandlung
Merseburgerstrasse 168 = (Nähe Riebeckplatz).

Soeben erschienen:
Die Wahrheit über den Mitteldeutschen Generalstreik!
Tatsächliche Feststellungen über seine wahren Ursachen und Ziele.
Herausgegeben vom Bezirksvorstand der alten Sozialdemokratischen Partei des Bezirks Halle.
Preis 20 Pf.
Wir machen alle Parteigenossen auf diese Broschüre aufmerksam und bitten um weitgehendste Verbreitung.
Zu beziehen durch die Buchhandlung der „Volksstimme", Gr. Ulrichstraße 27 und durch das Bezirkssekretariat, Harz 12/14, Zimmer 12 (Gewerkschaftshaus).

Fernruf Nr. 1224
Leipzigerstrasse 88
Ab Freitag, d. 11. April
Joe Deebs
der Meisterdetektiv in sein. letzt. ereignisvollen Abenteuer
„Das Auge des Götzen"
4 Abteilungen.
Morgen letzter Tag!
Pola Negri
in
„Das Karussell des Lebens".

Lumpen
Alteisen, Metalle, Knochen, Papier
kauft laufend zu höchsten Preisen
Philipp Schwabach,
Lumpen-Sortieranstalt,
Raffineriestr. 44. Telefon 6237.

Ordentliche
Zeitungsträgerinnen
gesucht.
Verlag der Volksstimme
Gr. Ulrichstr. 27.

Ammendorf.
Goldener Adler
Zur Konfirmation
biete preiswert an zum Tagespreise 2664
Weissweine
und Rotweine
div. dunkle Biere in Siphons.
Kegelbahn
noch einige Tage frei.

Gummiwaren-Fachgeschäft und Versandhaus
C. Klappenbach
Gr. Ulrichstraße 41.
2821

Esslöffel
und Kaffeelöffel in Aluminium sehr billig.
C. F. Ritter,
Leipziger Strasse 90.

Brenntorf!
(ostfriesischer Stichtorf)
vorzügliches Heizmaterial
markenfrei :: bezugscheinfrei!
wieder eingetroffen!
BUCHMANN & Co.
Kohlen-Handelsgesellschaft m. b. H.
Dessauerstrasse 53. Fernruf 1471.

Möbelvertrieb
Romanus Skipka & Co.
Leipzigerstrasse 16. Ecke Grosser Sandberg
Wohnungs-Einrichtungen
in allen Preislagen.
Spezialität:
Verkauf nach Zeichnung nur Lieferung direkt ab Fabrik, daher äusserst preiswert.
251,2

Futterrüben
gesunde Ware, in Ladungen, Fuhren und einzelnen Zentnern hat abzugeben
Hermann Bernstein,
Halle-Trotha. Telefon 1978.
2906

Reisedamen
per sofort gesucht für hier und auswärts. Für lohnenden, konkurrenzlosen Damenartikel!
Zu melden tägl. von 10—12, 2—4 Uhr bei 2905
Pfeffer, Rosenstr. 2, p. r.

Altmöbel-Verwertung
5 Moritzzwinger 5
i. Hause d. Kfm. Max Schulze.
An- u. Verkauf aller Arten gebrauchter Möbel, ganzer Wohnungseinrichtungen bei schnellster Erledigung. 2878

Neu! Neu!
Die Wahrheit über den mitteldeutschen Generalstreik.
Tatsächliche Feststellungen über seine wahren Ursachen und Ziele.
Herausgegeben vom Bezirksvorstand der alten Sozialdemokratischen Partei des Bezirks Halle.
Preis: 20 Pfennig.
Zu haben in der
Buchhandlung der Volksstimme.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190409-18/fragment/page=0004

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 80. Halle, Mittwoch, den 9. April 1919. 3. Jahrgang.

Sozialisierung durch Kommunen.

Einen bedeutsamen Fortschritt auf dem Wege zur Sozialisierung bedeutet der Entwurf eines Rahmengesetzes für die Kommunalisierung von Wirtschaftsbetrieben, den die Sozialisierungskommission soeben veröffentlicht hat. Der Vorlauf der wichtigsten Bestimmungen hieraus ist:

Die Städte- und Gemeindeordnungen im Deutschen Reiche müssen folgende Bestimmungen enthalten:

Städte und Gemeinden sowie Verbände von diesen haben das Recht, alle oder einzelne Unternehmungen nachstehender Wirtschaftszweige, sofern sie im Privatbesitz stehen, zu übernehmen und zu betreiben bzw. betreiben zu lassen:

1. Verkehrsunternehmungen für das Gemeindegebiet.
2. Unternehmungen zur Versorgung der Bevölkerung mit Wasser, Licht und Kraft.
3. Erzeugung, Beschaffung und Lagerung, Verarbeitung und Vertrieb von Nahrungs- und Genußmitteln.
4. Herstellung von Kleinwohnungen.
5. Anschlagwesen.
6. Gewerbsmäßige Stellenvermittlung.
7. Apotheken.
8. Bestattungswesen.

Die Gemeinden dürfen das hier genannte Recht auch für andre private Unternehmungen, die vorwiegend für lokale Zwecke arbeiten, in Anspruch nehmen.

Städte und Gemeinden können sich zum Betrieb der in § 1 und 2 genannten Unternehmungen zu Verbänden zusammenschließen. Sind die Beteiligten nicht einverstanden, so kann auf Antrag einer oder mehrerer Gemeinden oder auf Antrag der Kommunalaufsichtsbehörde der Zusammenschluß von der zuständigen Verwaltungsbehörde angeordnet werden.

Das Recht einer Gemeinde oder des entsprechenden Verbandes wird von der Landeszentralbehörde erteilt und darf nur verweigert werden, wenn ihm wesentlich gemeinwirtschaftliche Interessen entgegenstehen.

Der Entwurf regelt auch das Enteignungsrecht der Gemeinden bzw. Gemeindeverbände. Die Enteignung soll bis zum Erlaß eines Reichsenteignungsgesetzes gegen Erstattung des gemeinen Wertes ausschließlich der durch die Kriegswirtschaft herauftbeschworenen Wertsteigerungen erfolgt werden. Erwachsen dem Enteigneten daraus Vorteile, so ist ihr Gesamtwert auf die Entschädigungssumme aufzurechnen.

In der Begründung betont die Sozialisierungskommission, daß das Gesetz lediglich einen Rahmen bilde, innerhalb dessen den Kommunen die Möglichkeit zur Sozialisierung gegeben werden soll. Die Einzelheiten bleiben der Landesgesetzgebung vorbehalten. Diese muß es dann den Kommunen überlassen, wie weit sie innerhalb dieses Rahmens gehen wollen. Ob noch andre Unternehmungszweige sozialisiert werden können, bleibt besonderen Gutachten vorbehalten.

Die Sozialisierung der Gemeinde kann nur dann wirksam erfolgen, wenn die Gemeinde das Monopolrecht für die fraglichen Betriebe auszuüben in der Lage ist. Besonderes Gewicht hat ja schon die Kriegswirtschaft auf die Nahrungsmittelversorgung durch die Kommunen und Kommunalverbände gelegt. Es gilt nun, alle Ansätze zu einer Sozialisierung durch die Kommunen auszugestalten und die Grundlage für eine entsprechende Betätigung der Gemeinden zu legen. Da der Gemeindeverband für das betreffende Gebiet das ausschließliche Recht des Betriebes von Unternehmungen in diesem Wirtschaftszweig erhält, erfreuen sich die Vorschläge zunächst auf solche Wirtschaftszweige, die schon heute in zahlreichen Kommunen ausschließlich und übertriebend als kommunale Betriebe geführt können. Einer besonderen Genehmigung für die Uebernahme der angeführten Betriebe in die Kommune bedarf es nicht; damit ist dem Grundsatz der Autonomie besonders Rechnung getragen worden.

Die Gemeinde kann bestimmen, ob sie die Unternehmungen in eignen Betrieb führer oder durch andre betreiben lassen will. Sie kann also durch besondere Organe, wie gemeinnützige Baugenossenschaften, Konsumentenorganisationen usw. die Kommunalisierung durchführen. Die Lebensmittelversorgung der Gemeinden wird auch in Zukunft, insbesondere auf dem Gebiet der Milch- und Brotversorgung, der kommunalen Regelung nicht entraten können; hier werden insbesondere die Konsumentenorganisationen ein weiteres Betätigungsfeld finden.

Dem Kleinwohnungsbau soll durch die Möglichkeit des Enteignungsrechts der Gemeinden für Bauland und durch ihre Uebernahme von bangewerblichen Betrieben ein neues Feld erschlossen werden.

Das Recht auf ausschließlichen Gemeindebetrieb soll vorwiegend den für lokale Zwecke arbeitenden Wirtschaftszweigen verliehen werden. Ausgeschlossen sind solche Unternehmungen, welche der Gemeinde gegenüber Exportunternehmungen sind, wie Spinnereien, Eisenwerke, Mödelfabriken.

Das Reichskabinett hat nun in seiner Sitzung vom 19. März beschlossen, das Reichswirtschaftsamt mit der schleunigen Ausarbeitung eines Gesetzentwurfs zu beauftragen, der die Sozialisierung der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und der Straßenbahnen herbeiführen soll.

Dieser Beschluß trifft sich in seinen Absichten mit dem Gesetzentwurf über die Kommunalisierung von Wirtschaftsbetrieben, den die Sozialisierungskommission ausgearbeitet hat. Die von ihr aufgeführten Wirtschaftszweige müssen auch nach dem Sinne der Regierung den Kommunen und Kommunalverbänden die Möglichkeit geben, den Sozialisierungsgedanken für die Gemeinde nutzbar zu machen, um so von der politischen zur wirtschaftlichen Selbstverwaltung großen Stiles zu kommen.

Halle und Saalkreis.

Halle, 9. April 1919.

Sozialistische Studentengruppe Halle.

Die Gruppe veranstaltet am Freitag, den 11. d. M., abends 8 Uhr O. T. im großen Hörsaal des Hauptgebäudes der Universität

einen Vortragsabend,

bei dem das

Mitglied der Nationalversammlung Katzenstein

sprechen wird über „Der Sozialismus und die Akademiker."

Eine Aussprache soll sich anschließen. Studenten und Akademiker sind eingeladen.

Der Arbeitsausschuß.

* **An die Mitglieder und Freunde unserer Partei.** Ueber die Bedeutung der Geschlechtskrankheiten für den Arbeiterstand wird am Mittwoch, den 9. April, abends 8 Uhr der Stadtarzt Prof. Dr. Dreigelski einen Vortrag im Volkspark halten, während zu gleicher Zeit Stadtschularzt Dr. Peters in der Aula des Reform-Real-Gymnasiums (Friesenstr.) sprechen wird. Die von den Rednern zu behandelnde Frage hat für die Gesundheit der Arbeiterstandes und für seine ganze Zukunft eine ganz andere Bedeutung als früher gewonnen. Es ist unbedingt nötig, daß jeder Arbeiter sich darüber klar wird, welche Folgen eine Vernachlässigung dieser Krankheiten nicht nur für ihn und die Seinen, sondern für den ganzen Stand noch sich ziehen kann. Beide Vorträge beginnen pünktlich um 8 Uhr. Jungen Männern wie Familienvätern wird der Besuch dringend ans Herz gelegt. — Zutritt frei, nur für männliche Personen vom 16. Lebensjahr ab. Der Vorstand.

* **Heraus mit unseren Kriegsgefangenen!** Unter dieser Devise veranstaltete am Sonntag der Volksbund zum Schutze der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen eine größere Demonstration in den Thaliasälen. Eine Anzahl Herren vom Zentralvorstand des Bundes aus Berlin sprachen über Ziele und Zwecke des Bundes, über die unglaubliche Notlage, in der unsere gefangenen Brüder in allen Gegenden der Welt der Heimkehr harren. Einen Frieden, der uns sie nicht zurückführte, würden wir nicht unterschreiben und alles müsse getan werden, ihnen ihr Schicksal draußen zu erleichtern und für sie zu sorgen bei ihrer Heimkehr. Auch wir können uns nur von ganzem Herzen dem Ruf des ganzen deutschen Volkes an die Entente anschließen: Laßt wieder Menschlichkeit herrschen! Gebt den Kriegsgefangenen die Freiheit!

* **Das Arbeitssekretariat** (die unentgeltliche Rechtsauskunftsstelle des Gewerkschaftskartells) wurde im ersten Vierteljahr 1919 von 2548 Personen in Anspruch genommen, und zwar von 956 im Januar, 890 im Februar und 702 im März. Auskünfte wurden 977, 963 und 721 erteilt. Von den einzelnen Rechtsgebieten lagen wieder die Militär- und damit im Zusammenhang stehenden Unterstützungssachen vor. Sie erforderten 225, 215 und 191 Auskünfte. Nächstthäufig ist das Familienrecht, das Mieter- usw. anzutreffen. Auch die Steuerfragen waren sehr zahlreich. Schriftsätze (Eingaben an Behörden, Schreiben an Arbeitgeber, Schuldner usw.) wurden 346 angefertigt. Auch hier stehen zifferntäßig die Militär- und damit zusammenhängenden Unterstützungssachen obenan. Die soziale Versicherung zeitigte wenig Streitfälle.

* **Stromunterbrechung in der Zentral-Elektrizitätsversorgung der Umgegend von Halle.** Dazu wird uns von zuständiger Seite geschrieben: Die Stromunterbrechungen, soweit sie sich auf Störungen in den stromliefernden Kraftwerken Zimmendorf und Groß-Debers beziehen, sind darauf zurückzuführen, daß es z. Zt. nicht möglich ist, die durch den Krieg sehr stark in Anspruch genommenen Anlagen in einen sie betriebssicheren Zustand zu bringen, wie dies bei einem so wichtigen Betrieb gefordert werden muß. Die Ursache liegt in erster Linie in der beinahe völligen Unmöglichkeit von Neuanschaffungen und Reparaturteilen wegen des sehr großen Mangels an geeigneten Rohmaterialien und wegen der wirtschaftlichen Schwierigkeiten bei den liefernden Firmen. Bevor nicht die Rohmaterialienfrage gelöst ist und bevor nicht in den Fabriken der maschinentechnischen und elektrotechnischen Großindustrie wieder normale Arbeitsverhältnisse eintreten, ist eine durchgreifende Abhilfe auch nicht zu erwarten. Die Folgen des Krieges und der wiederholten Arbeitseinstellung sind also in erster Linie Veranlassung für die wiederholt aufgetretenen Störungen, zu deren Beseitigung alle nur verfügbaren Mittel aufgewendet werden.

* **Im Schwurgericht** hatten sich der 18jährige Arbeiter Willi Feierabend und dessen um zwei Jahre älterer Bruder Kurt vor den Geschworenen zu verantworten, weil sie sich durch Beteiligung an den Kämpfen zwischen Spartakisten und Landesjägern vom Stadttheater aus des schweren Aufruhrs schuldig gemacht haben sollten. Beide geben zu, im Stadttheater gewesen zu sein, bestreiten aber, geschossen zu haben und Spartakisten zu sein. Der Staatsanwalt wies in seinem Plaidoyer auf den Generalstreik und die Ursache der Kämpfe in Halle hin. Beide Angeklagte hätten sich nach der Beweisaufnahme an den Kämpfen im Stadttheater beteiligt. Sie seien der ihnen zur Last gelegten Tat schuldig, aber auch der Bewilligung mildernder Umstände würdig. Der Verteidiger stellte in seinen Ausführungen in den Vordergrund, daß den Angeklagten nicht bewiesen sei, sich an den Kämpfen mit der Waffe beteiligt zu haben, so daß nur einfacher Aufruhr vorliege. Die Geschworenen hielten Willi Feierabend des schweren Aufruhrs und des Diebstahls für schuldig, billigten ihm aber mildernde Umstände zu. Bei Kurt Feierabend erachteten sie nur einfachen Aufruhr und Diebstahl für vorliegend. Der Gerichtshof verurteilte darauf Willi F. zu 2 Jahren 2 Tagen, Kurt F. zu 1 Jahr 2 Tagen Gefängnis.

Die Aufbringung von Schlachtvieh macht immer größere Schwierigkeiten, wenn nicht die Milchviehbestände völlig vernichtet werden sollen: Die ungenügende Belieferung der Schlachtiere wird in einzelnen Wochen, so auch in dieser, eine geringe Verbrauchszahl der Wochenfleischmenge notwendig machen. Nach Verfügung der Zentralbehörden wird die ausfallende Fleischmenge durch Abgabe von Hülsenfrüchten erfolgt. Letztere gelangen auf die mit Fleisch nicht belieferten Fleischkartenabschnitte zur Verteilung. Die Hülsenfrüchte für diese Woche werden in der nächsten Woche ausgegeben werden; im übrigen wird die Ausgabe der Hülsenfrüchte rechtzeitig bekanntgegeben werden.

Kohlenversorgung. Auf Grund der Bekanntmachung vom 12. April und 24. Mai 1918 betr. die Kohlenversorgung für den Stadtkreis Halle für die Zeit vom 1. Mai 1918 bis 30. April 1919 wird folgendes bestimmt: 1. Während des Monats April gelten beim Einkauf kleiner Kohlenmengen von den roten Kohlenkarten die Nummern 38—48 als vorzugsberechtigt. Die Kleinhändler sind verpflichtet, an ihre Kunden auf jede dieser Nummer ½ Ztr. Briketts ohne Rücksicht auf die Versorgung anderer Verbraucher abzugeben. 2. Die Kleinverbraucher sind verpflichtet, ihren Bedarf bei demjenigen Kleinhändler zu decken, bei dem sie als Kunde angemeldet sind.

Kohlenversorgung für gewerbliche Verbraucher von mehr als 10 To. im Monat. Gewerbliche Betriebe, die mehr als 10 To. Kohlen monatlich verbrauchen, haben ihren Bedarf umgehend für den nächsten Monat auf den vorgeschriebenen Meldekarten anzumelden. Für die im Stadtkreis Halle wohnhaften Verbraucher sind die Meldekarten in der Ortskohlenstelle, Marktplatz 22, vormittags von 8½—12½ Uhr abzuholen. Der Preis beträgt 35 Pf. für 1 Heft zu 4 Karten, und 10 Pf. für eine Einzelkarte.

Ein Pässe- und Scheckfälscher festgenommen. Vor einigen Tagen wurde in Halle ein Mann festgenommen, der sich durch Zeitungsanzeigen zur Vermittlung von Pässen zum Betreten des besetzten Gebietes im Westen erboten hatte. Als Vermittlungsgebühr verlangte er 220 Mark. Die bei ihm vorgefundenen Pässe, die Stempel mit der Inschrift „Siegel der Stadt Cöln Paßamt" tragen, sind gefälscht. Der Betrüger nannte sich fälschlich Dr. Möslein und Dr. Ridder. Da er auch im Besitze mehrerer Schekbücher von Banken in Cöln war, wird angenommen, daß er sich außerdem mit Scheckfälschungen befaßte. Wer in dieser Sache irgendwelche Angaben machen kann, wird gebeten, sich bei der Kriminalpolizei, Zimmer 36, zu melden.

Wer kann Auskunft geben? Am 6. April, nachmittags 12½ Uhr, wurde eine unbekannte weibliche Leiche in der Schiffe-laufkinter dem Amtsgarten gelandet. Beschreibung: Etwa 1,65 Meter groß, untersetzte Gestalt, dunkelblonde Haare, längliches Gesicht, graue Augen, hohe Stirn, dunkelblonde Augenbrauen, lückenhafte Zähne und spitzes Kinn. Kleidung: Schwarzgemärkelte Bluse mit weißer Rüsche schwarz- und grangestreifter Oberrock mit schwarzer Samtkante, blau-, weiß- und schwarzgestreifter Unterrock mit blauem Cheviot abgefüttert und dunkelblauer Samtkante, rotgewürfeltes Baumwollbeinkleid, blaue, baumwollene Strümpfe, schwarze, hohe, beschlte Schnürschuhe, weißleinenes Hemd mit Spitze und Spitzeneinsatz, am Hals gezeichnet J. H., graues Korsett. Wer über die Tote Auskunft geben kann, wird gebeten, sich alsbald bei der Kriminalpolizei, Zimmer 72 oder 73 zu melden, wo ein Lichtbild und Kleidungsstücke der Toten ausliegen.

Grober Unfug. In der vergangenen Nacht fielen in der Richtung Amtsgarten—Klausbergstraße—Wasserweg mehrere scharfe Gewehrschüsse. Trotz Absuchens der Gegend konnten die Täter nicht festgestellt werden.

Ueberfahren und tödlich verletzt. In der Merseburger Straße wurde ein bei der Straßenreinigung beschäftigter Arbeiter von einem Gespann des Wachtregiments, dessen Pferde scheu geworden waren, überfahren und schwer verletzt. Der Verunglückte wurde sofort nach dem Bergmannstrost übergeführt, dort konnte jedoch nur der bereits eingetretene Tod festgestellt werden.

In der Trunkenheit geriet eine in der Brunos Warte wohnhafte Arbeiterin mit einem Arbeiter in Streit, wobei sie vermutlich mit der Schnalle eines Rucksacks derartig in den linken Auge getroffen wurde, daß die Verletzte im städtischen Krankenwagen der Klinik zugeführt werden mußte. Der Streitapfel ist eingenommen.

Mißglückte Hamsterei. Ein in der Fleischerstraße wohnender Fuhrwerksbesitzer versuchte am Dienstag mit einem zweispännigen Gespann etwa 10 Zentner Hafer, 1 Zentner Weizen, ¾ Zentner Gerste und zwei Zentner Kartoffeln von der Eisleben Chaussee aus einzuführen. Die Waren, die vermutlich im Schleichhandel erworben sind, wurden sichergestellt. — Auch an der Ecke der Trotha- und Oppiner Straße wurde gestern ein Gespann aus Bitterfeld angehalten, auf dem sich 8 Zentner Kartoffeln befanden. Das Fleisch, das nach Leipzig gebracht werden sollte, wurde nach dem Schlachthof geschafft. Da auch der gewerbsmäßige Erwerb des Fuhrwerks nicht nachgewiesen werden konnte, wurde dieses sichergestellt und die beiden dazugehörigen Männer eingeliefert.

* **Für den Sonntagsdienst** sind folgende neuen Bestimmungen erlassen worden. Die Geschäftsstunden für den Handel mit Fleisch-, Wurst-, Fisch- und Kolonialwaren und Kohleis, ferner für die Zeitungsexpedition und den Betrieb des Speditionsgewerbes und anderer Gewerbe, bei denen es sich um Abfertigung und Expedition von Gütern handelt, auf 1/28 bis ½ 10 Uhr vormittags; für den Handel mit Back- und Konditorwaren, mit Bier, Wein, Tabak, Zigarren, Blumen und Kränzen auf ½12 bis ½1 Uhr. An den drei letzten Sonntagen vor Weihnachten, dem Sonntag vor Ostern, Pfingsten und dem Sonntag vor dem großen Herbstmarkt auf ½12 Uhr mittags bis 6 Uhr abends. Am Totensonntag für den Handel mit Blumen und Kränzen auf ½12 bis 4½ Uhr. Sofern einer der drei letzten Tage vor Neujahr auf einen Sonntag fällt, an diesem Tage für den Papierhandel auf ½12 bis 2 Uhr. Für den Verkauf von Obst in Obstplantagen an allen Sonn- und Festtagen während der Erntezeit auf 1 bis 6 Uhr abends. Für den Verkauf von Wein und Bier vom Faß durch Schankwirtschaften „über die Straße" an allen Sonntagen unbeschränkt. Für den Verkauf von Milch auf öffentlichen Straßen und Plätzen oder anderen öffentlichen Orten oder von Haus zu Haus während der für den stehenden Milchhandel festgesetzten Zeit (6 bis ½10 und ½12 bis 1 Uhr) oder ohne Unterbrechung durch die Gottesdienstpause auf 8 bis 1 Uhr mittags.

* **Straßenbahn-Fahrscheinhefte!** Von den Schaffnern der städtischen Straßenbahn werden von jetzt ab Fahrscheinhefte zum Stückpreis von 1,50 Mark käuflich abgegeben. Jedes Fahrscheinheft enthält 10 weiße Fahrscheine, von denen jeder einzelne zu einer Fahrt über drei Teilstrecken gilt. Die Scheine sind von den Inhabern nach dem Betreten des Wagens den Schaffnern zur Entwertung und den Kontrollbeamten zur Prüfung unaufgefordert offen auszuhändigen und bis zur Beendigung der Fahrt aufzubewahren. Außer bei den Schaffnern sind Fahrscheinhefte auch an den Kassen der Betriebsbahnhöfe Berliner Straße 1 und Seebener Straße 62 erhältlich.

* **Verwundetendank.** Das Lazarett im Hause der Loge zu den drei Degen auf dem Jägerberge ist am 1. April aufgelöst worden, nachdem es 4½ Jahre hindurch zahlreichen Verwundeten Aufenthalt, Pflege und Genesung gewährt hat. Bei ihrem Scheiden haben die Verwundeten ein schön ausgeführtes und eingerahmtes Blatt überreicht, das den Mitgliedern der Loge und den Damen für alle hilfreiche Liebe, mit der sie dort umgeben worden sind, den Dank der Verwundeten ausspricht.

* **Stellenvermittlung für Soldaten.** Das Generalkommando schreibt uns: Durch die Gewerkschaftsverbände sind auf Bitten des Reichsministeriums für wirtschaftliche Demobilmachung dem Generalkommando Männer zur Verfügung gestellt worden, welche als sogenannte „Gewerkschaftsfunktionäre" daran mitarbeiten sollen, daß nur der Entlassung stehende Mannschaften eine ihren Wünschen und ihrem Können entsprechende Arbeitsgelegenheit nachgewiesen wird und daß auch denen geholfen wird, die bereits aus dem Heeresdienst entlassen, aber noch stellungslos sind. Die Tätigkeit der Gewerkschaftsfunktionäre soll eine vermittelnde sein zwischen der Zentralauskunftsstelle Sachsen-Anhalt, Magdeburg und den bereits bestehenden Arbeitsnachweisen einerseits und den arbeitsuchenden Soldaten bzw. ehemaligen Soldaten andererseits. Durch Fühlungnahme mit den Arbeitgebern sollen sich die Gewerkschaftsfunktionäre am Schaffen freier Stellen beteiligen. Vertrauensleute bei allen Truppenteilen sollen den Gewerkschaftsfunktionären zur Seite stehen auch sie haben engste Verbindung mit den Arbeitsnachweisen zu halten. Die Einrichtung bedarf der Unterstützung von allen Behörden und von Privaten, um die hiermit geheten wird. Geschäftsraum der Gewerkschaftsfunktionäre Zimmer 35 des Generalkommandos in Magdeburg.

Stadttheater. Heute, Mittwoch, abend 7 Uhr gelangt die Oper „Aida" von Verdi zur Aufführung. Donnerstag „Der Barbier von Sevilla", Freitag erste Wiederholung von „Aliseiß". Sonnabend abend 8 Uhr findet das V. Sinfonie-Konzert unter Leitung von Professor Alfred Rahlwes statt. Solist Leonid Kreutzer. Sonntag nachmittag Volksvorstellung „Flachsmann als Erzieher". Sonntag abend erstmals in neuer Einstudierung „Das Glöckchen des Eremiten". Der Vorverkauf für die Montag-Vorstellung „Die lustigen Weiber von Windsor" beginnt am Donnerstag vormittags 10 Uhr.

Schlichtungsausschuß für den Bezirk Halle.

Auf Grund der Verordnung vom 23. Dezember 1918 über Tarifverträge, Arbeiter- und Angestelltenausschüsse und Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten ist für den Bezirk Halle und zugleich für die Ortschaften des Saalkreises ein neuer Schlichtungsausschuß gebildet worden, zu dessen Vorsitzenden Herr Professor Dr. Dr. Joerges, hier, ernannt ist.

Der Ausschuß ist bereits seit einiger Zeit in Tätigkeit getreten und hat in verschiedenen Sitzungen Arbeitsstreitigkeiten der mannigfachsten Art zwischen Arbeitgeber und -nehmer geschlichtet. In einer der Sitzungen ist grundlegend festgestellt, daß ein Rechtsanwalt als Beisitzend nicht zulässig ist. Da der Schlichtungsausschuß bisher noch keine Geschäftsräume hat, findet die Erledigung der Dienstgeschäfte bis auf weiteres in der Wohnung des Herrn Vorsitzenden, Seebener Straße 61 II, statt, wohin schriftliche Anträge zu richten sind. Mündliche Anträge sind zu stellen jeden Dienstag und Freitag

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190409-18/fragment/page=0005

tag von 10½—12 Uhr. Wenn besondere Geschäftsräume bestimmt sind, werden auch regelmäßige Sprechstunden angesetzt werden.

Aus der Provinz.

Die landwirtschaftliche Bevölkerung und die neue Zeit.

Ueber dieses Thema sprach in einer öffentlichen Volksversammlung am 8. April in Brachstedt Genosse Arbeitersekretär Kleeis aus Halle. Seinen interessanten Ausführungen sei folgendes entnommen: Durch den Sieg Englands ist Deutschlands Industrie auf lange Zeit vom internationalen Wettbewerbe ausgeschaltet. Für rund 20 Millionen unserer industriellen und städtischen Bevölkerung gibt es nur zwei Wege, sich in einem Leben voll harter Kämpfe durchzuringen: Auswandern oder deutsches Land bebauen. Ein Teil der Auswanderer wird Arbeit und Siedlungsland in den noch wenig aufgeschlossenen Kolonialländern (Südamerika, Rußland usw.) finden. Innerhalb der letzten Hälfte des 19. Jahrhunderts hat sich das Verhältnis der Menge der Landbevölkerung zur Stadtbevölkerung umgekehrt. Aus dem Agrarstaat ist ein Industriestaat geworden. Es ist anzunehmen, daß das Verhältnis der 1850er Jahre wieder eintritt. Wir müssen streben, alle Menschen im Lande zu halten, an das Ausland so wenig wie möglich abzugeben. Es ist möglich, unsere landwirtschaftliche Produktion bis zur Verdoppelung zu steigern und dadurch einer selbst stark vermehrten Bevölkerung im eigenen Lande Nahrung zu bieten. Zu den Mitteln gehören besserer Erschließung der Wasserkraft und Kohle, rationelle Düngung, Ausgestaltung der Saatgutwirtschaften, Einführung von Berechnungsanlagen usw. Weiter können noch 10 Prozent der Kulturfläche Deutschlands, die jetzt noch unbebaut ist, nutzbar gemacht werden. Zu ganzen wird wieder mehr die landwirtschaftliche Bevölkerung die Kraftreserve für unsere Städte werden. Die Gesetzgebung des verflossenen junkerlichen Klassenstaates hat die Landarbeiterfrage sehr vernachlässigt. Die Rechte der Landarbeiter müssen im allgemeinen denen der gewerblichen Arbeiter gleichgestellt werden. Der Rat der Volksbeauftragten hat schon die unzähligen und unglaublichen Gesindeordnungen aufgehoben. Es ist dafür ein neues Landarbeiterrecht, wenn auch nur ein vorläufiges, geschaffen worden.

Kleeis erläuterte hierauf die Bestimmungen der neuen Landarbeitsordnung vom 24. Januar 1919. Dieselbe ergänzt die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches über den Dienstvertrag. Die Landarbeitsordnung setzt die Arbeitszeit auf acht Stunden im Winter, zehn im Frühjahr und Herbst und elf im Sommer fest. Der Weg vom Hofe (Gutsitz) zur Arbeit und umgekehrt ist einzurechnen. Ueberstunden sind zwar zulässig, müssen aber unter allen Umständen nach bestimmt vorgesehenen Sätzen bezahlt werden. Werden Dienstverträge auf länger als ein halbes Jahr abgeschlossen, muß das schriftlich geschehen. Dabei ist der Geldwert von Naturalbezügen genau zu vereinbaren. In landwirtschaftlichen Betrieben muß ein Arbeiterausschuß und eine Arbeitsordnung bestehen. Die Auflösung des Dienstverhältnisses ohne Kündigung kann schon geschehen, wenn ein „wichtiger Grund" vorliegt (Tätlichkeiten, grobe Beleidigung, anhaltend schlechte Kost usw.). Für einen etwaigen „Vertragsbruch" sind milde Schadensersatzleistungen an den Unternehmer vorgesehen. Umgekehrt darf dieser Naturalbezüge usw. in einem Falle vorzeitiger Auflösung des Vertrages nicht mehr einbehalten. Zum Schluß führte Redner aus, daß alle die schönen Bestimmungen nur auf dem Papiere bleiben, wenn sich die Landarbeiter nicht organisieren und für Durchführung sorgen. — Den mit großer Aufmerksamkeit aufgenommenen Ausführungen folgte eine kurze Aussprache.

Merseburg. Nur Beamtentöchter. Zu dieser von uns in Nr. 77 veröffentlichten Zuschrift schreibt uns der Regierungspräsident u. a.: Die Ihnen zugegangene Nachricht ist von Anfang bis zu Ende falsch. Es sind bei der hiesigen Regierung, und zwar zu einem großen Teile in der während des Krieges entstandenen Militärrentenabteilung, z. Zt. noch 30 Damen beschäftigt. Davon ist eine einzige die Tochter eines Regierungsbeamten, eine weitere Tochter eines Lehrers und drei Töchter von früheren Bahnbeamten. Die übrigen 25 Damen sind Töchter von Vätern aus den verschiedensten anderweitigen Berufen. Allerdings sind in der letzten Zeit zwei Damen, die sich meldeten, abgewiesen worden, aber mit der ausdrücklichen Motivierung, daß jetzt nur noch Militärangehörige oder erwerbslose Kriegsteilnehmer eingestellt werden könnten. Diese Maßnahme entspricht genau den erlassenen Vorschriften.

Delitzsch. Der Verkauf von Nährmitteln. Am Donnerstag, den 10. April kommen auf je einen Abschnitt Nr. 23 der Lebensmittelscheine entweder: ¼ Pfund Gries und ¼ Pfund Schnittnudeln zusammen für 30 Pfg. in den 49 Verkaufsstellen, oder: ¼ Pfund Paket Hohenlohe's Gerstenmehl für 40 Pfg. in den vier Drogerien zur Ausgabe. Das Gerstenmehl ist für Kinder bis zu sechs Jahren, alte Leute über 70 Jahre und Kranke bestimmt und es ist beim Einkauf desselben als Ausweis die Milchkarte dieser Bezugsberechtigten vorzulegen. Der Verkäufer (Drogist) hat für je ein Paket einen Abschnitt 23 aus dem Lebensmittelschein abzutrennen.

Weißenfels. Bei der Generalversammlung des Konsumvereins Weißenfels-Naumburg machte der Geschäftsführer u. a. folgende Mitteilungen: Die neuen gesetzgebenden Körperschaften dürften zweifelsohne bald das Warenhausteuergesetz beseitigen. Das Genossenschaftswesen würde neu belebt und auf eine breitere Basis gestellt. Längst gehegte Wünsche dürften bald ihrer Erfüllung entgegensehen. Der Umsatz sei um 58 000 Mark auf 375 000 Mark in diesem Halbjahr gestiegen. An der Umsatzsteigerung seien alle Filialen beteiligt. Die Dampfbäckerei hat ihre Produktion um 35 000 Mark auf 104 000 Mark gesteigert. Es seien in Weißenfels 386 Haushaltungen mit 2700 Ztr. Kartoffeln beliefert und die Lieferungen seien zufriedenstellend ausgefallen. Auch in diesem Herbste würden Kartoffeln zur Einkellerung geliefert werden. In den nächsten Tagen würden Fleischkonserven verschiedener Art auf Lager genommen und in den Verkaufsstellen zur Verteilung gelangen. Auch erhalte jedes Mitglied zu Ostern eine Flasche Beerenwein, die auf unsere eigene Warenversorgungskarte unter Nr. 39 zur Ausgabe gelange. Auch Petroleumersatz „Brennolit" sei gekauft, und würde marken und kontrolisiert das Liter mit 1,20 Mark in unseren Filialen abgegeben. Dadurch, daß die größeren Genossenschaften als Großhändler betrachtet werden, falle uns mancher finanzielle Vorteil zu, der wiederum den Konsumenten erspart und ihnen zugute komme. Das finanzielle Ergebnis könne als befriedigend bezeichnet werden. Wie überall so sind auch in der Genossenschaft die Unkosten im allgemeinen und durch erhöhte Löhne resp. Teuerungszulagen im besonderen gestiegen, dadurch wird ganz naturgemäß der Ueberschuß am Jahresschlußgeringer ausfallen und demzufolge auch die Rückvergütung. Namens der Verwaltung habe ich hierzu folgende Erklärung abzugeben: „Die heutige unnormale Zeit mit ihren Teuerungsverhältnissen legte uns die Verpflichtung auf, unserem Personal in der Entlohnung soweit als möglich entgegenzukommen. Das mußte geschehen, obwohl wir uns bewußt waren, daß als Folge eine geringere Rückvergütung gezahlt werden muß. Das dürfte aber auch nur vorübergehend sein. Die Grenze des Möglichen haben wir nicht überschritten. Die Genossenschaft ist gesichert, ihre Grundsätzen sind erhalten und die Bahn für ihre weitere Entwickelung ist frei. Wir erwarten von dem gesunden Sinn unserer Mitglieder, daß sie vor wie nach treu und fest zu uns stehen." Dann wurde noch die finanzielle Lage besprochen und über Ausdehnung des Betriebes in Naumburg gesprochen. Sowohl die Generalversammlung in Weißenfels als aber auch die Berichtsversammlungen in Roßbach und Naumburg waren sämtlich gut besucht und nahmen einen sachlich befriedigenden Verlauf.

Naundorf-Lauchhammer. Achtung! Parteigenossen und Genossinnen! Sonntag, den 13. April, nachmittags 4 Uhr findet bei Dambowsky die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins statt. Da sehr wichtige Punkte auf der Tagesordnung stehen, so ist das vollzählige Erscheinen sämtlicher Mitglieder erwünscht.

Bockwitz. Um der herrschenden Wohnungsnot abzuhelfen, hat das hiesige Werk letzthin den Herrmannschen Gasthof zwecks Ausbau zu einem Ledigenheim angekauft. Damit ist leider dem „Ländchen" der größte Versammlungssaal verloren gegangen. Gleichzeitig mußte aber der bisher immer in Herrmanns Gasthof abgehaltene Gerichtstag verlegt werden. Er findet nunmehr regelmäßig hier in Waldaus Gasthof statt. Bezüglich der Gerichtstage in Lauchhammer bleibt es beim alten; sie werden, wie bisher, von nachmittags 2 Uhr an, im Werksgasthof in Lauchhammer an denselben Tagen abgehalten, an denen vormittags in Bockwitz Gerichtstag ist.

Elsterwerda. Der hiesige Ortsverein der sozialdemokratischen Mehrheitspartei hielt am Sonnabend, den 5. d. M. eine Sitzung ab. Aus Anlaß eines Sonderfalles wurde ausdrücklich die Pflicht unserer Vertreter festgestellt, in öffentlichen Körperschaften bei den Beratungen regelmäßig zugegen zu sein, zumal wenn wichtige Abstimmungen vorzunehmen sind. Zu Punkt 2 der Tagesordnung wurde auf die Wichtigkeit der bevorstehenden Kreistagswahlen und auf unsere guten Aussichten dabei hingewiesen. Die Kandidatenfrage wurde eingehend erörtert. Sodann wurde über die Verwendung von kürzlich eingegangenen Agitationsmaterial Beschluß gefaßt. Auf die Mitteilung hin, daß der bisherige Vorsitzende, Gen. Gründlich, sein Amt wegen seines bevorstehenden Wegzuges von hier niedergelegt hat, wurde die nächste Sitzung auf Sonnabend den 12. d. M., abends 8½ Uhr (bei Hummel, Vereinshaus) mit folgender Tagesordnung festgesetzt: 1. Neuwahl des gesamten Vorstandes. 2. Bericht von der Kreiskonferenz in Kattenberg am 30. März 1919. 3. Verschiedenes. — Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder in der nächsten Sitzung ist somit erforderlich.

Kleinleipisch. Am 5. April wurde die Neuwahl des Arbeiterrates vollzogen. Folgende Genossen wurden gewählt: H. Thomschke, G. Richter, K. Handke. Anschließend tagte eine Parteiversammlung. Es wurde Stellung genommen zur Kreistagswahl, dabei wurde die Einteilung unseres Wahlbezirks scharf verurteilt. In unseren Nachbargemeinden wählen die Gemeindevertretungen die Kandidaten, und unseren Ort hat man mit ca. 10 Ortschaften zusammengelegt, welche vier bis fünf Stunden voneinander entfernt liegen und die Verhältniswahl verfügt. Diese 10 Orte wählen drei Kandidaten. Es wäre noch zu begreifen, wenn der Wahlbezirk dreifach geteilt und die nächsten Ortschaften zusammengelegt worden wären oder der ganze Kreis nach der Verhältniswahl wählte. Anstatt Fortschritt, Rückschritt. Das Wahlgesetz bedarf noch einer gründlichen Reform. Die Maifeier soll durch völlige Arbeitsruhe begangen werden. Eine Kommission zur Ausarbeitung eines Programms zur Maifeier wurde gewählt.

Kleine Nachrichten. In Weißenfels warfen zwei Männer Handgranaten in die Saale. Durch die Explosion wurde eine große Menge Fische getötet. Stellenweise war die Saale ganz weiß von toten Fischen. Der schlimmste Schaden jedoch wird an der Fischbrut angerichtet. Durch die Explosion der Handgranaten werden Tausende und Abertausende junger Fische getötet und der Fischbestand der Saale wird auf diese Weise auf Jahre hinaus ruiniert, wenn nicht gänzlich vernichtet. Ein Angler, der die Leute auf ihr verbrecherisches Treiben aufmerksam machte, bekam von den Burschen selbst Handgranaten angeboten. — Einen recht empfindlichen Verlust haben in Prühlitz in vergangener Nacht Diebe einem Landwirt zugefügt, indem sie sich in das Gehöft einschlichen, einen Stall erbrachen und den gesamten Hühnerbestand, etliche 20 Stück, abschlachteten und stahlen. Trotz sofortiger Nachforschungen ist es noch nicht gelungen, eine Spur, die zur Ermittelung der Täter führen könnte, zu finden. — Auf Bahnhof Klitzschen wurden von der Sicherheitswache in den letzten Tagen beschlagnahmt: 158 Stück Eier, 100 Käse, sämtlich bei einem Manne aus Großwig, ferner 110 Eier und über ein Pfund Butter, sowie 60 Eier und 25 Pfund Roggenmehl bei zwei weiteren Personen. — Im Walde nach Gundorf wurde ein Mann mit einer Kuh festgenommen, der über die Herkunft derselben jede Auskunft verweigerte. Im Laufe der Ermittlungen wurde festgestellt, daß es sich um einen Fleischer aus Leutzsch handelt, der die Kuh auf dem Schleichhandelswege gekauft hatte.

Die Neuregelung der Kriegsbeschädigten-Fürsorge.

Von Dr. Herbst, Halle a. S.

2. Unterbringung von Schwerbeschädigten.

Während des Krieges bestanden hinsichtlich der Arbeitsbeschaffung für die Kriegsbeschädigten keine Schwierigkeiten. Die Rückkehr zahlreicher gesunder Arbeitskräfte läßt jedoch ein Verdrängen der Kriegsbeschädigten aus ihren bisherigen Arbeitsplätzen befürchten. Um dem vorzubeugen ist die Verordnung über Beschäftigung Schwerbeschädigter vom 9. Januar 1919 erlassen worden. Danach sind alle öffentlichen und privaten Betriebe, Bureaus und Verwaltungen verpflichtet, auf je 100 insgesamt vorhandene Beamte, Angestellte und Arbeiter ohne Unterschied des Geschlechtes, auf je 50 in der Landwirtschaft, mindestens einen Schwerbeschädigten zu beschäftigen. Darüber hinaus sollen etwa noch vorhandene Arbeitsplätze, die für die Beschäftigung Schwerbeschädigter geeignet sind, mit Schwerbeschädigten besetzt werden, soweit sie nicht bereits von anderen Personen mit entsprechend beschränkter Erwerbsfähigkeit eingenommen werden. Schwerbeschädigte im Sinne dieser Verordnung sind alle Personen, die auf Grund des Mannschaftsversorgungsgesetzes vom 31. Mai 1906 wegen einer Dienstbeschädigung eine Militärrente von 50 oder mehr vom 100 der Vollrente beziehen. Schwerbeschädigte dürfen nur nach Anhörung der bestehenden Arbeitnehmerausschüsse und nur unter Innehaltung einer vierzehntägigen Kündigungsfrist entlassen werden, sofern sie nicht nach Gesetz oder Vertrag auf eine längere Kündigungsfrist Anspruch haben. Das Recht zur sofortigen Entlassung oder zum sofortigen Austritt des Arbeitnehmers aus einem durch Gesetz anerkannten wichtigen Grunde bleibt unberührt. Private Arbeitgeber, die sich der Verpflichtung aus dieser Verordnung in schuldhafter Weise entziehen, können für jeden einzelnen Fall mit einer Buße bis zu 10 000 Mark belegt werden. Am 1. Februar erhielt die Verordnung die wichtige Zusatzbestimmung, daß eine Kündigung Kriegsbeschädigter überhaupt frühestens zum 15. März erfolgen dürfte und heute weiter heißt: Ist einem nicht nur vorübergehend beschäftigten Schwerbeschädigten seit dem 14. Januar 1919 zu einem früheren Zeitpunkt als dem 15. März 1919 gekündigt worden, so ist die Kündigung erst zum 15. März 1919 wirksam. In diesem Falle kann der etwa schon entlassene Schwerbeschädigte, sofern er nach Inkrafttreten dieser Verordnung die Beschäftigung bei dem bisherigen Arbeitgeber unverzüglich wieder aufnimmt, für die infolge der Kündigung nicht geleisteten Dienste die vereinbarte Vergütung verlangen, ohne zur Nachleistung verpflichtet zu sein. Der Arbeitgeber kann eine aus Anlaß der Kündigung bewilligte Abfindung zurückfordern. Und schließlich setzt die neueste Verordnung über Schwerbeschädigte vom 11. März 1919 als letzten Zeitpunkt für die Kündigung Kriegsbeschädigter im Sinne dieser Vorschriften endgültig den 15. April 1919 fest, deren Ueberwachung und Durchführung den Organen der Kriegsbeschädigtenfürsorge übertragen worden ist, welche sich mit Hilfe der Arbeitsämter und im Verein mit den zuständigen Behörden dieser Aufgabe unterziehen. Noch vermissen wir aber eine Bestimmung, daß die Wiederanbringung der Kriegsbeschädigten beim alten Arbeitgeber nach gewissen Grundsätzen, in welcher Weise die Kriegsbeschädigtenfürsorge-Arbeitsvermittlung seit den ersten Anfängen der neuen Kriegsbeschädigtenfürsorge in 1914 und 1915 überhaupt schon mit bestem Erfolge und im Einvernehmen mit zahlreichen Arbeitgebern wirkt, auch vom Gesetzgeber ausgesprochen wird. Im Zusammenhange mit der Erhöhung der Versorgungsgebührnisse ist jetzt durch die Verpflichtung der öffentlichen und privaten Arbeitgeber, Kriegsbeschädigte zu beschäftigen, ein wichtiger Schritt vorwärts getan, um die Kriegsbeschädigtenfürsorge einheitlich, durchaus segensreich und neuzeitlich zu gestalten.

3. Uebernahme durch das Reich.

Den unter den gegenwärtigen Verhältnissen möglichen Abschluß eines zeitgemäßen Ausbaues der Kriegsbeschädigtenfürsorge erreichte die neueste Maßnahmen der Reichsleitung, welche in der Uebernahme der sozialen Fürsorge für die Kriegsbeschädigten unter Mitwirkung der Einzelstaaten und Selbstverwaltungskörperschaften nach der Verordnung vom 8. Februar 1919 über die soziale Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge, die in diesem Zusammenhange auch die gesetzliche Regelung erfährt, worauf wir hier nicht näher eingehen, durch das Reich gipfelnt. Die Mitarbeit der freien Wohlfahrtspflege soll damit nicht eingeschränkt werden.

Bei dem Reichsarbeitsamt wird für die Durchführung dieser Verordnung ein Reichsausschuß errichtet, mit je einer besonderen Abteilung für Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge. Die Abteilung der Kriegsbeschädigtenfürsorge setzt sich zusammen aus Vertretern der Hauptfürsorge-Organisationen, der Volksspende für Kriegsbeschädigte und Vertretern der großen Kriegsbeschädigten-Vereinigungen. Der Aufgabenkreis des Reichsausschusses umfaßt die Aufstellung von Grundsätzen für die Durchführung der Kriegsbeschädigtenfürsorge, Erstattung von Gutachten für das Reichsarbeitsamt, Entscheidung von Streitigkeiten zwischen den Hauptfürsorgestellen, Verwaltung und Verwendung der Mittel. Die Regierungen der Bundesstaaten errichten für ihr Gebiet eine oder mehrere Amtliche Hauptfürsorgestelle, während für den Bezirk jeder unteren Verwaltungsbehörde eine besondere Amtliche Fürsorgestelle zu errichten ist. Beiden Arten von Fürsorgestellen stehen Beiräte zur Seite, die sich zusammensetzen aus den Leitern der Fürsorgestellen, Vertretern der Kriegsbeschädigten, der Unternehmer, der Arbeitnehmer und erfahrenen Personen. Von einer eigentlichen Neuregelung ist danach streng genommen nur die Rede, da in der Hauptsache auf den bestehenden Einrichtungen aufgebaut wird, denn es ist wohl allgemein bekannt, daß die Kriegsbeschädigtenfürsorge als freie Vereins- oder Ausschußtätigkeit begonnen hat und im Laufe des Krieges einen öffentlichen-rechtlichen Einschlag erhielt, indem sich eine Reihe von Verwaltungsbehörden ihrer annahmen und zwar in einigen Provinzen und Städten direkt in anderen nur mittelbar. Es entstand aber mit der Zeit ein Netz von örtlichen und Hauptfürsorgestellen, die sich in einem Reichsausschuß zusammenschlossen, und diese in mehreren schweren Kriegsjahren bewährte Organisation bildet nunmehr die zweckmäßige Grundlage für den Gesetzgeber, der das, was bisher großzügige freiwillige Hilfs- und Fürsorgetätigkeit war, legalisiert und damit die sichere zuverlässige Voraussetzung für das Gelingen eines unserer bedeutsamsten Fürsorgezwecke schuf, indem er zugleich die sozialer und demokratischen Zustände nisse einer rastlos fortschreitenden Entwicklung auch auf das Gebiet der Kriegsbeschädigtenfürsorge übertrug und die Heranziehung und Mitarbeit der daran besonders interessierten Kreise, der Kriegsbeschädigten, gewährleistet, die mit Hilfe ihrer während des Krieges gebildeten großen Vereinigungen dieser Aufgabe gerecht werden dürften.

Inzwieweit auf Grund der wichtigen Verordnung vom 8. Februar noch besondere Bestimmungen für die örtliche, provinzielle und einzelstaatliche Durchführung des neuen Kriegsbeschädigtenfürsorge-Gesetzes notwendig sind, bleibt den Landesbehörden überlassen, welche auf dem von der Reichsregierung gezeigten nunmehr gesetzlichen Wege, die Kriegsbeschädigtenfürsorge zu einer möglichst vollendeten, großzügigen, sozialen und wirtschaftlichen Hilfs- und Fürsorgeeinrichtung entwickeln können.

Stadtverordnetenwahl und Hausbesitzerliste.

Man schreibt uns: Bürgerliche Zeitungen bringen Meldungen von Versammlungen der Haus- und Grundbesitzer. Man besagt sich in diesen Versammlungen mit der Aufstellung einer sogen. „Parteilosen"-Liste (lies: Hausagrarier-Liste) einer event. Neuwahl der Stadtverordneten. Wir können keine Realtionäre unter den leitenden Männern der Stadt mehr brauchen, am wenigsten jetzt. Am wenigsten solche, die zu den Leuten gehören, die unsere Lebensbedingungen in rücksichtslosester Weise verteuern, und um ihres persönlichen Vorteils willen allen bodenreformerischen und sozialistischen Plänen entgegenstehen.

Haben wir etwa darum diese Blutzeit durchgemacht? Haben wir darum seelische und körperliche Kräfte eingesetzt, damit wir weiter die „vaterlandslosen Gesellen", die untergeordnete Menschenklasse, die heimat- und rechtlosen Arbeitssklaven bleiben, die wir in den Augen jener Leute sind? Soll unser Kampfgeist wie ein Traum zerrinnen? Ein freies Volk, gleichberechtigt in allen seinen Gliedern, auffreiem, eigenem Grund und Boden; niemander Herr und niemander Knecht; Menschen mit klarem, offenem Blick und frohen Augen, Menschen, gesund an Leib und Seele, arbeitsfam und lebensfreudig und durchdrungen vom Gefühl der Verantwortung der Tat der Einzelnen vor der Gesamtheit!

Heraus aus den Höhlen, in denen man Sklavenseelen und Verbrecher züchtete! Nicht Kurland, nicht Amerika oder sonst ein fremder Staat muß es sein, wo man solche Ideale verwirklichen will. Wir haben Raum dafür in Deutschland, in dem Lande, für das wir geblutet, unsere Brüder gefallen sind, in unserem Heimatlande, das wir Vaterlandslosen so innig lieben!

Aber wir wissen, es geht nicht von heute auf morgen, aus dem Chaos eine neue Welt zu errichten. Aber wir müssen steig vorwärtsdringen, darum auf, alles, was sich nach Freiheit und Luft und Sonne sehnt! Wer frohe Kinder sehen will und rasch wangige, lachende Frauen! Heraus, ihr handwerker, die ihr Arbeit braucht und genug habt vom Bauschwindel vergangener Jahre! Heraus ihr Arbeiter alle, ganz gleich welcher Art. Heraus ihr Mieter und Aftermieter, die ihr unter den Launen hochmütiger Wirtsleute und Eigentümer euch ducken müßt! Heraus ihr Geschäftsleute und Gewerbetreibende, die ihr euch plagt, die hohen Mietzins zu erzwingen, dessen Verweigerung euch die Kündigung und eventuellen Ruin bringen würde! Heraus, ihr Glücklichen, die ein gütiges Schicksal frei und unabhängig geboren hat, und die ihr euch den Sinn offen gehalten habt für Gerechtigkeit und Menschenwürde. Denkt daran, was die Granatsplitter aus euch Halbe gescheuen. Wer vier Jahre und länger seines Lebens eingesetzt hat, wer aus Kellern und Höhlenleichen Wohnlöchern gekommen ist, und als Soldat menschenwürdigen Unterkunft und Pflege kennen lernte, der kann nicht wieder zurückgehen, woher er kam. Der läßt sich nicht wieder duckmäuserisch und zum Sklaven machen — er würde denn Spartakus —. Denn wohnen wie ein wildes Tier, heißt auch verachtet sein wie ein solches. Den Geruch seiner Schlafstätte wird man auch in den wohlgiften Sonne nicht los; — aber man trägt den Eindruck der verflossenen Nacht in sich und wehe, wenn dieser Eindruck dauernd ein schlechter ist und solche Leute werden gereizt: dann bricht der Sklave seine Ketten und das Tier wird zur Bestie.

Und herbei ihr selber, ihr Elenden, und schart euch um uns Brüder, nur unglücklicher als wir. Helft uns, ihr alle, daß wir Zustände schaffen, die fest und sicher verankert in der Befriedigung allernotwendigster Lebensinteressen, uns einer frohen Zukunft entgegenführen.

Kampf allen, die uns den Boden raubten, darauf wir stehen. Eigentum aller ist dieser Boden wie die Luft — Eigentum aller oder niemandes. Er sei aber Eigentum des Staates, der Stadt oder der Gemeinde. Die sollen wachen darüber, daß keiner Mißbrauch treibe mit ihm, und gebe jedem sein Teil, soviel er mag für seine Bedürfnisse. Und helfe jedem, ein Haus darauf zu bauen, gegen geringen, unkündbaren Zins, daß jeder zwei Verse begreifen lerne und über seine Haustür schreibe den ersten: „Lewer dudsch us Slav!" Und über seine Stubentür den zweiten: „Kord, Sünd Ok, Weck — to Hus — to Bed."

E. B.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190409-18/fragment/page=0006